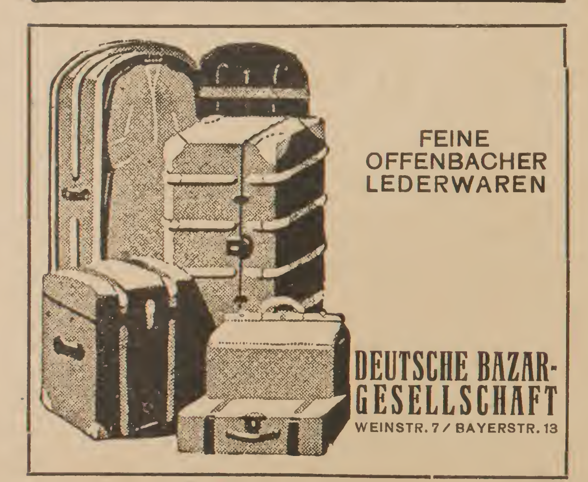
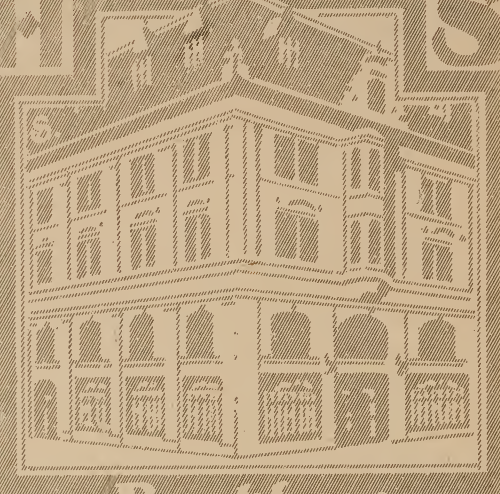
Das „Jüd. Echo“ ist auch zu beziehen durch die Bchhdlg. Niederhuber, Zentral-Zeitungsvertr., München, Maximilian-Wurzerstr. 5, Tel. 23363

1925 Wochenkalender 5685

	Juni	Siwan	Bemerkungen
Sonntag	21	29	
Montag	22	30 Tammus	ראש חדש יום א'
Dienstag	23	1	ראש חדש יום ב'
Mittwoch	24	2	
Donnerstag	25	3	
Freitag	26	4	
Samstag	27	5	קרח פרק ד'





Das Jüdische Echo

Nummer 25 19. Juni 12. Jahrgang

Teilnahme der deutschen Judenheit an der Jewish Agency

Das Zentralkomitee der Zionistischen Vereinigung für Deutschland hat auf seiner Sitzung vom 21. Mai folgendes ihm vom Landesvorstand vorgelegte Exposé des Vorsitzenden der Z.V.f.D., Kurt Blumenfeld, über die Teilnahme der deutschen Judenheit an der Jewish Agency zustimmend zur Kenntnis genommen.

Die Jewish Agency ist die gegenwärtige organisatorische Form der vor Jahren eingeleiteten Bündnispolitik. Diese Bündnispolitik fand vor allem aus folgenden Gründen die Billigung der Mehrheit der Zionisten:

1. Die Kolonisation Palästinas muß in schnellerem Tempo erfolgen. 2. Der Aufbau des Landes bedarf einer breiteren politischen und materiellen Basis. 3. Im Interesse der Leistungsfähigkeit der Zionistischen Organisation sind alle Versuche, durch Abschwächung des zionistischen Programms den überwiegenden Teil der Judenheit zu gewinnen, abzulehnen; es hat sich auch herausgestellt, daß derartige Versuche ergebnislos verlaufen. 4. Es gibt eine erhebliche, sehr zu vergrößernde Zahl von Juden, die für die Teilnahme am Aufbau Palästinas gewonnen werden können, ohne daß mit ihrem Anschluß an die Zionistische Organisation gerechnet werden darf.

Diese Erwägungen haben uns vor allem bei der Gründung des Keren Hajessod geleitet. Die Arbeit für den Keren Hajessod hat in uns die Meinung befestigt, daß es erforderlich ist, alle an Palästina interessierten Teile der Judenheit allmählich zur verantwortlichen Teilnahme am gesamten Palästinawerk heranzuziehen.

Zunächst wurde der Gedanke eines jüdischen Weltkongresses auf demokratischer Basis diskutiert. Man dachte daran, die gesamte Judenheit in einheitlicher Form für Palästina zu organisieren. Es zeigte sich, daß dieser Gedanke zur Zeit nicht ausführbar ist. Die Erfahrung belehrte uns, daß wir nur in sehr schwerer, allmählich fortschreitender Arbeit neue Kreise für die Teilnahme am Palästina-Aufbau gewinnen und daß es unmöglich ist, diese Arbeit durch formale organisatorische Einrichtungen zu ersetzen.

Der Keren Hajessod befindet sich in einer von Jahr zu Jahr fortschreitenden aufsteigenden Entwicklung. Es ist gelungen, wertvolle und führende Persönlichkeiten außerhalb unserer Reihen unserer Arbeit zu verbinden. In vielen Ländern ist eine wirkliche Zusammenarbeit von Zionisten und anderen Palästina-Freunden zur Tatsache geworden. Die Konstituierung der erweiterten Jewish Agency als der obersten Verwaltungsinstanz wird geeignet sein, das Vertrauen außenstehender Kreise zu stärken und wird unsere Arbeit für den Keren Hajessod erleichtern.

Die Jewish Agency, deren Repräsentant heute die Zionistische Organisation ist, soll durch den Hinzutritt von Palästina-Freunden erweitert werden, die sich aus irgendwelchen Gründen der Zionistischen Organisation nicht anschließen.

Voraussetzung für die Teilnahme an der Jewish Agency ist die Anerkennung der Balfour-Deklaration. Nur wer für die Schaffung einer jüdischen nationalen Heimstätte in Palästina einzutreten gewillt ist, kann in irgendeiner Form an den Beratungen über die Erweiterung der Jewish Agency oder späterhin an den zur Bildung der Jewish Agency geschaffenen Einrichtungen teilnehmen.

Daraus ergibt sich, daß die Jewish Agency in erster Linie durch die schon seit Jahren für den nationalen Palästina-Aufbau interessierten Juden zu ergänzen ist.

Die Zeichner des Keren Hajessod und die vom Keren Hajessod geschaffenen Instanzen sind geeignet, festzustellen, wie weit außerhalb unserer Reihen ein Interesse an der Verwirklichung der Balfour-Deklaration vorhanden ist.

Die Teilnahme der an Palästina interessierten Teile der deutschen Judenheit dürfte zweckmäßig in folgender Form herbeigeführt werden:

Es sollte eine deutsche Vertreterkörperschaft für die Jewish Agency unter dem Namen: „Vorläufiger Ausschuß für die Angelegenheiten der Jewish Agency" geschaffen werden.

Zu diesem Zweck findet zunächst eine Generalversammlung des Keren Hajessod (Jüdisches Palästinawerk E. V.) statt, die das Präsidium des KH beauftragt, die vorläufige Vertretungskörperschaft für die Jewish Agency einzuberufen, und die eine bestimmte Anzahl von Vertretern in diesen vorläufigen Ausschuß entsendet. Diese Vertreter sind grundsätzlich nicht Mitglieder der Zionistischen Organisation.

Die vom Präsidium des Keren Hajessod einzuberufende Vorläufige Vertreterkörperschaft besteht aus:

a) den von der Generalversammlung des Keren Hajessod gewählten Mitgliedern,

b) einer weiteren Zahl von Vertretern palästinafreundlicher Organisationen,

c) aus Vertretern der Zionistischen Vereinigung für Deutschland.

Dieser Vorläufige Ausschuß (etwa 36 Mitglieder) ist nach demselben Prinzip wie der Council der Jewish Agency zusammenzusetzen, d. h. die Zahl der Vertreter der Zionistischen Vereinigung für Deutschland ist ebenso groß wie die Gesamtzahl aller übrigen Mitglieder.

Der Vorläufige Ausschuß hat die Aufgabe:

a) den gesamten mit dem Palästina-Aufbau zusammenhängenden Fragenkomplex zu beraten,

b) die Vertreter der deutschen Judenheit für die Jewish Agency zu wählen.

An der Wahl dieser Vertreter beteiligen sich alle Mitglieder. Es besteht jedoch ein stillschweigendes Übereinkommen, daß die zu wählenden Mitglieder der Jewish Agency der Zionistischen Organisation grundsätzlich nicht angehören.

Der Palästina-Aufbau wird ständig neue, wertvolle Freunde gewinnen, denen die Möglichkeit

einer ihrer Bedeutung entsprechenden Eingliederung in die neue Organisation offen gehalten werden wird. Daher wird vorgeschlagen, daß alle der Jewish Agency dienenden Körperschaften einen vorläufigen Charakter tragen. Die vom Präsidium des KH einberufene Vertretungskörperschaft selbst wird naturgemäß nur den augenblicklich vorhandenen Palästina-Interessen entsprechen. Sie hat die Aufgabe, Maßnahmen zu treffen, durch welche die Angliederung neuer Gruppen erleichtert wird.

Die Wahlperiode der für die erweiterte Jewish Agency gewählten Mitglieder soll zunächst nur ein Jahr betragen. Die gewählten Vertreter müssen sich verpflichten, nach Ablauf dieses Jahres ihre Ämter niederzulegen.

Voraussetzung für die Teilnahme an einer mit der Jewish Agency im Zusammenhang stehenden Einrichtung ist neben der durch das Mandat geforderten Anerkennung der Balfour-Deklaration die Teilnahme an der Aufbringung der Mittel für den Aufbau Palästinas. Es muß die Garantie geschaffen werden, daß Rechte und Leistungen miteinander in Einklang stehen.

Liquidation der Ito

London (J.T.A.). Die im Jahre 1905 nach der Ablehnung des Uganda-Projektes durch den 7. Zionistenkongreß von Israel Zangwill und anderen bis dahin führenden zionistischen Persönlichkeiten begründete Jewish Territorial Organisation (Ito) hat zu existieren aufgehört. Am 7. Juni fand im Hause von Mr. Meyer A. Spielman eine Sitzung des Zentralrates der Organisation statt, in welcher eine Resolution angenommen wurde, wonach „der Generalstab der ITO beschlossen hat, seine Tätigkeit einzustellen.“

Der Vorsitzende, Mr. Israel Zangwill, hielt eine ausführliche Rede über die Lage der Judenheit und stellte zunächst fest, daß in der letzten Sitzung des Zentralrats Ende 1922 beschlossen wurde, daß der Zentralrat seine Tätigkeit fortzusetzen habe und den Präsidenten bevollmächtigt, sobald ein territorialer Vorschlag auftaucht, den Rat einzuberufen. Palästina, setzte Zangwill fort, wurde niemals aus dem Programm der ITO gestrichen, das beste, was sie zu tun hatte, war, sich dem Mandat anzugleichen. Unser Kollege Dr. Eder tat bereits Arbeit in und für Palästina und jetzt nimmt der Sohn unseres Kollegen Mr. H. M. Kisch den Posten in Palästina ein. Seitdem diese Resolution gefaßt wurde, hat die Zionistische Organisation beträchtliche praktische Fortschritte erzielt, aber ihre politische Situation hat sich verschlimmert. Mit dem Rücktritt von Sir Herbert Samuel und Mr. Norman Bentwich zählt die Palästina-Administration keinen einzigen höheren jüdischen Beamten mehr, die Ernennung des Feldmarschalls Lord Plumer zum Oberkommissar zeigt, daß das Land auf dem Wege ist, eine Kronskolonie zu werden, für deren Entwicklung aber die Juden zur großen Befriedigung der Ottomanischen Aktienbesitzer zu zahlen haben werden. Die Eröffnung der Hebräischen Universität erbrachte eine Umwertung der Werte, aber die Schaffung eines geistigen Zentrums, mag es noch so großartig sein, ist noch kein Zionismus. Der bestimmte Punkt ist der politische. Die ökonomische wie politische Lage der Juden in vielen Teilen Europas verschlechtert sich immer mehr, so daß die Frage eines jüdischen Territoriums auf autonomer Basis dringender ist, als je zuvor. Ich selbst habe eingesehen, daß die Balfour-Deklaration für den Territorialismus unserer Generation sehr fatal ist, weil, obwohl sie in Palästina nicht zu erreichen war, dennoch jeden auswärtigen Versuch behindert. Die Zionisten stellten sich jedem Versuch des Territorialismus mit dem größten Fanatismus entgegen. Ich glaubte, daß der Druck der tragischen Mächte zu einer politischen Lösung der jüdischen Frage allmählich treiben wird. Als hierher das Gerücht drang, daß die russiche Regierung ein Territorium für die dortigen Juden zur Verfügung stellen will, habe ich mich mit einem Schreiben um eine Definition dieses Angebots an Tschitscherin gewandt, erhielt aber keine Antwort. Trotzdem war in dem Gerücht ein Stück Wahrheit enthalten. Mr. David A. Brown, der praktischeste jüdische Sozialarbeiter in Amerika, der unlängst eine Tour durch die jüdischen Kolonien in der Ukraine und in der Krim absolviert hat, gab einen sehr günstigen Bericht über die Aussichten der Kolonisation in Rußland. Er erklärte, daß bis Ende 1927 10 000 jüdische Familien angesiedelt sein werden; 4000 Familien sind bereits auf ihrem Boden. Die amerikanischen Juden werden sich in der Geschichte einzeichnen, wenn sie diese wunderbare Gelegenheit zu jüdischer Aufbauarbeit benutzen. In Rußland ist weder Mangel an Land noch an Siedlungswilligen. Mr. Brown, der zahlreiche Millionen für Hilfe an die Kriegsopfer in Osteuropa gesammelt hat, führt jetzt die neue Kompagne, um 15 Millionen Dollar für die Siedlungsarbeit aufzubringen. Obwohl Mr. Brown auch die zionistische Bewegung unterstützt, hat die Zeitschrift „New Palestine“ ein Geschrei erhoben. Ungeachtet dessen haben Zionisten mit weiten Seelen, wie Nathan Strauß und Stephan S. Wise, die Notwendigkeit dieser Arbeit anerkannt. Herr Dr. Paul Nathan in Berlin, der altbekannte Arbeiter auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, hat ebenfalls betont, daß eine jüdische Kolonisation im Osten Rußlands auf breitester Grundlage das dringendste Erfordernis der Stunde ist, wenn er auch das Programm der Ito, ein geschlossenes Territorium auf autonomer Basis zu schaffen, in welchem diejenigen Juden ein Heim finden sollen, die in ihren bisherigen Wohnorten nicht leben wollen oder können, nicht ausdrücklich billigt. Das Oberhaupt der ukrainischen Regierung, Tschubar, hat auf die Frage, ob die Errichtung einer jüdischen Republik geplant ist, mit Nein geantwortet. Er sagte aber, es sei wünschenswert, jüdische Distrikte mit Selbstverwaltungsrechten zu schaffen. Jedenfalls geht aus seinen Worten hervor, daß es möglich sei, in Rußland eine Landfläche für ein jüdisches Territorium zu erhalten. Mr. Brown und seine Mitarbeiter scheinen aber diese Notwendigkeit nicht verstanden zu haben. Die zionistische Forderung, daß die gesamte Energie auf die Gründung einer einzigen machtvollen Gemeinschaft in der Welt konzentriert werden soll, hat das Suchen nach einem ITO-Land gehemmt. Trotzdem wären Erfolge erzielt worden, wenn ein jüngerer Mensch die Bewegung geleitet hätte. Meine Ärzte drängten darauf, daß ich meine Tätigkeit auf ein Minimum reduziere.

Zangwill schloß: Als wir eingesehen, daß unser Plan fehlschlug, dachten wir daran, den Überschuß anderen Körperschaften mit ähnlichen Zielen zu widmen. Seit 1905, da die zionistische Ma-

jorität die Gelegenheit eines autonomen jüdischen Territoriums so unbekümmert zurückgewiesen hatte, waren mehrere der besten Juden der Welt in unseren Reihen tätig, keiner erhielt je eine pekuniäre oder persönliche Entschädigung. Die Opposition gegen den Versuch einer großzügigen Behandlung der jüdischen Frage hat aber unsere Arbeit gebrochen. Dennoch wirkten wir auf den politischen Zionismus, wie auf die Entstehung des russischen Kolonisationsplans. Wir studierten die Möglichkeiten jedes entwickelten Landes, verhandelten mit einer Anzahl Regierungen und lieferten der Wissenschaft wertvolle Berichte über Cyrenaica und Angola. Unsere Existenz war keineswegs vergeblich. Allen Herren des Rates gebührt Dank, insbesondere Herrn Dr. Jochelmin, der von Rußland aus die Galveston-Expedition geleitet hatte, dem Schatzmeister Dr. Myer Nathan und Herrn M. A. Spielmann.

An der nachfolgenden Debatte beteiligten sich N. M. Kisch, Herwald, M. A. Spielman, Dr. M. D. Eder. Zangwill schlug vor, von der vorhandenen Summe 100 £ für die geplante Marmorek-Garten-Stadt in Palästina und den Rest einem Ehrenkomitee zu widmen, welches die ITO-Arbeit in einem ihrer Zweige fortsetzen soll. Der Vorschlag wurde angenommen, ebenso der Vorschlag Dr. Eders, daß das Archiv und die Publikationen der ITO der Bibliothek der Jerusalemer Universität übergeben werden sollen.

Zangwill schloß die Diskussion mit der Zitierung des folgenden Verses von Browning ab: „Nicht das Fehlen des Zieles, aber die Kleinheit des Zieles ist zu tadeln.“

Lucien Wolf in Polen

(J.T.A.) In Warschau weilt gegenwärtig der bekannte englisch-jüdische Politiker Lucien Wolf, Generalsekretär des Auswärtigen Komitees der Anglo Jewish Association. Herr Wolf folgte einer Einladung des Außenministers Grafen Skrzynski, um sich über die Lage der Juden in Polen zu informieren. Da gegenwärtig Verhandlungen zwischen der polnischen Regierung, den Mehrheitsparteien und den Juden im Gange sind, wird der Anwesenheit Lucien Wolfs eine erweiterte Bedeutung beigemessen. Der Warschauer J.T.A.-Vertreter befragte Herrn Wolf über seine Mission und seine Eindrücke in Polen. Herr Wolf führte ungefähr aus:

Meine Meinung ist, daß die Judenfrage in Polen eine gewisse internationale Bedeutung habe. Die von allen erstrebte Pazifizierung Europas wird gehindert, wenn in Polen 12—14 Prozent der Bevölkerung durch die 60 Prozent ausmachende Mehrheitsbevölkerung bekämpft wird. Die jetzige soziale Lage der Juden in Polen — die politische Lage wollen wir vorläufig außer acht lassen — ist eine unerträgliche. Der wirtschaftliche Zustand der Juden in Polen ist heute weit schlimmer als vor 21 Jahren, da ich zum erstenmal in Warschau geweilt habe. Ich bin trotzdem optimistisch gestimmt und erwarte, daß die polnisch-jüdischen Verhandlungen gute Resultate bringen werden. Die Lösung des Problems ist nicht leicht und erfordert Geduld und Takt auf beiden Seiten. Ich bin vom guten Willen der polnischen Regierung wie der jüdisch-parlamentarischen Repräsentanz überzeugt, man kann aber jetzt nur von einem guten Anfang sprechen, das Resultat ist im Verlauf der kommenden Jahre zu erwarten. Wichtig ist die gute psychologische Einstellung. Es ist leider eine Tatsache, daß der Antisemitismus in Polen schon eine Psychose ist. Andererseits leben die Juden in Polen in kompakten Massen. So kann es nicht weiter gehen.

Polen, setzte Herr Wolf fort, hat als Staat große Fortschritte gemacht. Die politische und wirtschaftliche Konsolidation schreitet vorwärts, einzig die Lage der jüdischen Bevölkerung verschlechtert sich immer mehr. Viele Großmächte sind an einem starken Polen interessiert. Ein Land kann aber nicht stark sein, wenn in ihm ein, wenn nicht offener, so doch faktischer Bürgerkrieg besteht. Es liegt also nicht allein im Interesse der jüdischen Bevölkerung, sondern auch Polens selbst, sowie ganz Europas, wenn die Judenfrage günstig gelöst wird.

Herr Wolf schloß: Ich weile in Polen als Beobachter und beabsichtige nicht, mich in die inneren polnischen Angelegenheiten einzumischen. Sollte aber meine Anwesenheit hier mithelfen, daß für die Bevölkerung Polens, insbesondere für die jüdische, bessere Zeiten anfangen, so wird das für mich Glück und Ehre bedeuten.

*

Am 5. Juni fand die erste Zusammenkunft zwischen dem Ministerpräsidenten Grabski, Außenminister Skrzynski und Lucien Wolf statt.

*

Die in Lemberg erscheinenden ukrainischen Zeitungen und das Bromberger Organ der Deutschen Polens warnen die jüdischen Vertreter davor, Verhandlungen mit der polnischen Regierung ohne gleichzeitige Teilnahme der Vertreter der anderen Minderheiten zu führen. Das ukrainische Organ versteigt sich sogar dazu, den Juden die Rache der Ukrainer und der Deutschen anzudrohen.

*

Der Vertreter des Joint Foreign Committee (Auswärtiges Komitee) der englischen Juden, Lucien Wolf, der auf Einladung des Außenministers Skrzynski nach Warschau gekommen war, um — wie angenommen wurde — eine Vermittlertätigkeit zwischen der Regierung und den Juden auszuüben, hat nach achttägiger Anwesenheit Warschau wieder verlassen. In einer Unterredung mit Pressevertretern unmittelbar vor seiner Abreise sagt er, er hoffe, daß seine Mission von Erfolg gekrönt sein wird. Es war im voraus nicht zu erwarten, daß sofort greifbare Resultate erzielt werden, allein die Bahn sei geebnet für weitere Verhandlungen. Demnächst werde Minister Skrzynski nach Amerika reisen; es handelt sich um polnische Staatsinteressen. Die Judenheit Polens wird loyalerweise dem Minister die Ausführung seiner Aufgabe erleichtern. Bis jetzt ist gelungen, gewisse Mißverständnisse zu beseitigen. — Die jüdische Presse nimmt diese Darlegungen Wolfs mit einer gewissen Skepsis auf.

*

Lucien Wolf, der am Montag abend (8. 6.) Warschau verließ, erklärte einem Mitarbeiter des „Najen Haynt“, daß man ihn allseitig in den ersten Tagen voller Mißtrauen angesehen hätte. Jetzt aber, nach einem achttägigen Aufenthalt in Warschau, glaube er, daß man ihm nicht nachsagen könne, er hätte den jüdischen Interessen in Polen geschadet. Er glaube sogar, daß seine Reise erfolgreich war; denn er kenne jetzt die Lage in Polen. Die Lösung des

polnisch-jüdischen Problems sei sehr kompliziert und man müsse deswegen eine Zuspitzung der Situation vermeiden. Im weiteren Verlaufe des Gesprächs zerpflückte er die Meldung der „Tribuna Polska“, wonach er sich geäußert haben soll, daß die Juden in Polen, besonders die Nationalisten, übertriebene Forderungen an die Regierung stellen, die in keinem Lande gewährt würden. Immerhin steht er auf dem Standpunkt, daß es augenblicklich nicht die Hauptsache ist, um die die Juden betreffenden Verordnungen seitens der Regierung zu streiten, sondern es ist in erster Linie das Wichtigste, eine Verständigung zwischen Polen und Juden herbeizuführen. Das andere würde sich dann ergeben. Allerdings müsse die polnische Regierung ihren guten Willen zeigen; er zweifle jedoch nicht an diesem guten Willen der Regierung zu einer Verständigung..... Von dem jüdischen Seminar „Tachkemoni“ in Warschau nehme er den denkbar besten Eindruck mit. Die Intelligenz, Fähigkeit und Klugheit der jüdischen Jugend habe ihn entzückt und er glaube, daß dies das beste Material für die Regierung sei. Es wäre schade, wenn die Regierung dies nicht ausnutzen würde.

*

Warschau. (J.T.A.) In einer Konferenz mit Vertretern der jüdischen Presse erklärte der Präsident des jüdischen Klubs, Dr. Leon Reich, der Forderung nach Öffentlichkeit der Verhandlungen mit der Regierung könne noch nicht entsprochen werden, da die Regierung auf Vertraulichkeit besteht; auch sind die Verhandlungen noch nicht so weit, daß man ihr Programm konkretisieren könnte. Die jüdische Öffentlichkeit könne beruhigt sein, der Klub werde über die jüdischen Interessen wachen. Niemand könne sagen, ob ein günstiges Resultat erbracht werden wird, die Regierung scheine noch immer nicht zu begreifen, wie wichtig eine Lösung des Judenproblems für die Republik sei.

Dr. Reich wies kategorisch den Vorwurf der Presse der anderen nationalen Minderheiten, wonach die Juden als Werkzeug gegen die anderen Minderheiten gebraucht werden sollten, zurück. Er erklärte feierlich, nie würden sich jüdische Vertreter gegen die anderen nationalen Minderheiten in Polen gebrauchen lassen.

*

Warschau. (J.T.A.) Der polnische Sejm nahm in seiner Sitzung vom 5. Juni in erster Lesung das Industriegesetz an, welches sich als sehr schädigend für die jüdische Kleinindustrie auswirken wird. Gegen das Gesetz sprachen die jüdischen Deputierten Hartglas, Prilutzki und der jüdische Sozialist Reger. Die Redner wiesen auf die Mittelalterlichkeit des Gesetzprojektes hin und hoben hervor, daß dessen Durchführung für die jüdische Bevölkerung nicht weniger nachteilig sein wird, als das angenommene Konzessionsgesetz.

Naumann gegen C.-V.

Berlin (J.T.A.). Vor dem Amtsgericht Charlottenburg (Amtsgerichtsrat Dr. Neumann) fand am 9. Juni die Verhandlung über die Ehrenbeleidigungsklage des Vorsitzenden des Verbandes Nationaldeutscher Juden Dr. Max Naumann gegen das Mitglied des Hauptvorstandes des Central-Vereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens und Mitglied des Breslauer C.-V.-Vorstandes, Dr. Förder statt. Gegenstand der Klage war eine Zuschrift des Herrn Dr. Förder an die in Breslau erscheinende „Jüdische Zeitung für Ostdeutschland“, in welcher sich Dr. Förder dagegen wehrt, daß ihm Dr. Naumann in dem Mitteilungsblatt des Verbandes nationaldeutscher Juden unterstellt hat, er hätte zur Zeit des Wahlkampfes vor den Wahlen zum Preußischen Landesverband jüdischer Gemeinden in dem der zionistischen Bewegung dienenden Organ einen Artikel veröffentlicht, in welchem er Angriffe gegen den Vorsitzenden des Central-Vereins, Justizrat Brodnitz, gerichtet hat. In der Zuschrift stellte Dr. Förder fest, daß er dem übrigens mit dem Signum des Redakteurs der jüd. Zeitung für Ostdeutschland, Dr. Prinz, versehenen Artikel ganz ferngestanden und erst nach der Drucklegung von ihm Kenntnis erhalten habe. Durch einige Stellen in dieser Zuschrift fühlte sich Dr. Naumann beleidigt und strengte die Klage an. Dr. Förder erhob Widerklage, weil die Behauptung, er hätte unter fremder Marke gegen seinen Vorsitzenden gekämpft, für ihn beleidigend sei.

Nachdem ein Vergleichsvorschlag des Richters nicht zustandegekommen war, ging man in die Verhandlung ein.

Während der Verhandlungen vor dem Richter platzten die Gegensätze sehr scharf aneinander und die Stimmung war zum Teil sehr erregt. Herr Dr. Förder führte aus, daß Herr Dr. Naumann, dessen Anhang im Central-Verein die national-deutsche Richtung vertrete, gegen ihn, Dr. Förder, der ein Repräsentant jener Richtung im C.-V. ist, die die antizionistische Wahlparole bekämpft habe und für praktische Mitarbeit am Palästina-Aufbau eintritt, fortwährend vorgegangen sei und sogar seinen Ausschluß betrieben habe. Dies stieß jedoch auf den Widerstand fast aller Vorstandsmitglieder. Herr Dr. Förder setzte sich mit der Richtung des Verbandes nationaldeutscher Juden auseinander und führte aus, Dr. Naumann leiste durch seinen Kampf und seine Methoden gegen anders gesinnte jüdische Gruppen dem Antisemitismus Vorschub und schädige so die Arbeit des C.-V., die auf die Bekämpfung des Antisemitismus eingestellt ist. Der Beklagte zitierte mehrere antisemitische Zeitungen und Bücher, die Aussprüche Dr. Naumanns in ihrem Kampfe gegen das Judentum benützen, ja ihn als Kronzeugen gegen das Judentum anführen.

Der Kläger, Herr Dr. Naumann, legte seinerseits in ausführlicher Weise das Programm und die Weltanschauung der nationaldeutschen Juden dar, die für Deutschtum und Judentum eintreten und nichts dafür können, wenn die Antisemiten sie mißbrauchen. Der Verband setze ungeachtet dessen seinen Kampf gegen die nach seiner Überzeugung schädlichen Richtungen fort und die Richtung Dr. Förder sei schädlich.

Nach Schluß der Verhandlung verkündete der Richter das Urteil, wonach der Beklagte, Herr Dr. Förder, zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt und Herr Dr. Naumann freigesprochen wurde.

In seiner Verteidigungsrede brachte Dr. Förder einen an ihn gerichteten Brief des verstorbenen Geheimrats Dr. Eugen Fuchs zur Verlesung, um darzutun, wie die Wirksamkeit Naumanns, dieses „jüdischen Dorten“ von der überwältigenden Mehrheit der deutschen Juden eingeschätzt wird. Der Brief, in dem Eugen Fuchs unter Betonung seines bekannten Standpunktes in der Frage Deutschtum—Judentum Herrn Naumann charakterisiert, lautet:

Herrn
Rechtsanwalt Förder
Breslau.

Sehr geehrter Herr Kollege!

Ihr Schreiben vom 9. April 1923 nebst Anlagen habe ich mit größtem Interesse gelesen. Ich teile Ihren Standpunkt. In unserem Vorstande ist zwar ein Herr, der auch im Vorstand der Naumann-Partei ist; ich bin aber der Meinung, daß, wer auf dem Naumannschen Standpunkte steht, nicht zu uns gehört. Die Naumannsche Auffassung belastet die im Central-Verein vereinigten Juden mit dem Vorwurf, daß sie nicht genug deutschnational sind. Ich habe vor Wochen eine längere Unterredung mit ihm gehabt, die damit schloß, daß ich ihm sagte, wir scheiden uns darin: daß sie deutsch sind im Sinne des deutschen Chauvinisten, wir deutsch in dem weltgeschichtlichen, universalen, dem Chauvinismus abholden Sinne des Deutschtums sind.... Ich fühle mich auch als Deutscher bis auf die Knochen, suche aber eine Synthese zwischen Deutschtum und Judentum, wie der Katholik eine solche zwischen Deutschtum und Katholizismus gefunden hat. Es ist leicht zu sagen: Ich fühle nur Deutsch! Dann habe ich eben für das Judentum nichts übrig, und dann verkenne ich die Aufgabe eines jüdischen Deutschen.... Gewiß kann man nicht zwei Väter haben, aber wir sind Kinder von Vater und Mutter; ist das Deutschtum für uns der Vater, so ist das Judentum die Mutter oder umgekehrt. Wie kann Naumann sagen, daß ich im Jahre 1919 dem Zionismus gegenüber versagt habe? Von mir rührt die Erklärung her, in welcher wir gegenüber dem Gedanken einer jüdischen Volksgemeinde die Erklärung losließen, daß wir ein unlöslicher Bestandteil des deutschen Volkes seien und als solcher fühlten. Der Fehler von Naumann ist, daß er erst jetzt in die Bewegung eingetreten ist, und daß er 30 Jahre der Abwehr einfach geschlafen hat, während wir für die Synthese von Deutschtum und Judentum gekämpft haben... Wenn er den Keren Hajessod ablehnt, so übersieht er, daß wir deutschen Juden die Verpflichtung haben, jüdische Solidaritätsgedanken nicht von uns zu weisen, daß wir schon im Interesse des Deutschtums die Fäden mit Palästina nicht zu zerreißen haben, wie denn auch hunderte angesehener deutscher Christen für den Palästinagedanken im Interesse des Deutschtums eingetreten sind. Darüber mag man so oder anders denken, jedenfalls halte ich Naumann — und das habe ich ihm direkt ins Gesicht gesagt — für einen jüdischen Schädling, einen Mann, der noch seine Ghettoeigenschaften nicht losgeworden ist, der sich an die deutschen Christen anschmeißt und dabei Stolz und Selbstbewußtsein einer sozialen oder Stammesgruppierung verleugnet, der zu denen gehört, die ihrer Väter nicht gern gedenken. Er gehört der Gruppe an, die ich aufs tiefste verachten würde, wenn ich deutscher Christ wäre.

(Die Sperrungen rühren von uns her. Red.)

*

Wie wir weiter erfahren, wird Herr Rechtsanwalt Förder gegen das Urteil des Charlottenburger Amtsgerichts, welches ihn zu 150 Mark Geldstrafe verurteilt hat, Berufung einlegen.

Der Centralverein berichtigt

In Nr. 22 unserer Zeitschrift brachten wir einen Bericht über die Mitgliederversammlung des C.-V. in Frankfurt a. M., den wir dem Frankfurter „Jüdischen Wochenblatt" entnommen hatten. Zu diesem Bericht bringt das Blatt eine berichtigende Zuschrift des Vorsitzenden der C.-V.-Ortsgruppe Frankfurt a. M., um deren Wiedergabe auch wir ersucht werden. Die Berichtigung lautet:

1. Es ist unwahr, daß die Einladung zur Generalversammlung den Mitgliedern „wohl mit Absicht" verspätet zugegangen sei. Wahr ist, daß die Einladung fünf Tage vor der Generalversammlung zur Post ging, also frühzeitig genug, um einer etwa vorhandenen Opposition ein Vorgehen zu ermöglichen.

2. Es ist unwahr, daß der Generalversammlung irgendein Delegierter des Hauptvorstandes beiwohnte.

3. Es ist unwahr, daß es zu einer „außerordentlich heftigen Debatte" über die Wahlen zum Preußischen Landesverband und über die bekannt antizionistische Parole der C.-V.-Leitung gekommen ist, oder gar „Herrn Dr. Mainzer schwere Vorwürfe wegen seiner Betätigung im Wahlkampf gemacht worden seien".

Wahr ist, daß Herr Dr. Mainzer seinerseits im Tätigkeitsbericht bestimmte, mit der Wahrheit im Widerspruch stehende, von bestimmter Seite geflissentlich kolportierte Behauptungen hinsichtlich seiner Haltung als mit einer ehrlichen und wahrhaftigen Kampfesweise nicht mehr vereinbar, zurückwies. In der Debatte wurde lediglich von einer einzigen Seite die Berliner Parole, als in ihrer Fassung unglücklich, theoretisch kritisiert und eine Erklärung für die angebliche Verstimmung gewisser konservativer Kreise über die Tätigkeit des Herrn Mainzer im Wahlkampf zu geben versucht, zugleich aber die Vorschlagsliste des Vorstands und insbesondere die Wiederwahl des Herrn Dr. Mainzer als selbstverständlich aufs Wärmste wieder empfohlen.

4. Es ist unwahr, daß eine erhebliche Anzahl Herren aus dem C.-V. überhaupt wegen der Haltung des C.-V. und seines hiesigen Ortsgruppenvorstandes ausgeschieden sei.

Wahr ist, daß von den im Ganzen über 2300 Mitgliedern der hiesigen Ortsgruppe nach der Landesverbandswahl ganze 7 unter Hinweis auf die angebliche Haltung des „C.-V." bei den Landesverbandswahlen und weitere 15 bei der in letzter Zeit erfolgten Beitragserhebung, zum Teil ohne Angabe der Gründe und zum Teil aus speziell angegebenen mit den Landesverbandswahlen nicht zusammenhängenden Gründen, ausgetreten sind.

Der Vorstand
der Ortsgruppe des Centralvereins Deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens
Frankfurt a. M.
Dr. Mainzer, Vorsitzender.

Zu dieser Berichtigung schreibt das „Jüdische Wochenblatt" unter dem Titel Berichtigung der „Berichtigung".

Punkt I.

Uns liegt eine Karte vor, die den Poststempel vom 14. Mai, 8—9 Uhr vormittags trägt. Die Mitteilung des C.-V. ist also unwahr; die Einladung ist vier Tage, nicht wie behauptet wird, 5 Tage vor der Generalversammlung zur Post gegeben worden. Dazu kommt, daß die Zustellung frühestens am Freitag, den 15. Mai möglich war, also kurz vor Sabbath, so daß sich die Opposition tatsächlich nicht mehr organisieren konnte, da gerade sie sich ja aus solchen Kreisen zusammensetzt, die am Sonntag keinerlei telephonische oder schriftliche Vereinbarungen zu treffen in der Lage sind.

Punkt II.

Hier hat sich unser Berichterstatter tatsächlich geirrt; es hat tatsächlich kein Delegierter des Hauptvorstandes der Generalversammlung beigewohnt. Richtig ist aber nach seinen weiteren Feststellungen, daß der betreffende Herr mehrere Tage vor der C.-V.-Versammlung in Frankfurt weilte, u. a. mit der ausdrücklichen Absicht, die Mißstimmung der konservativen Kreise gegen den hiesigen Vorsitzenden zu beseitigen, eine Mißstimmung, die dieser selbst in seiner oben abgedruckten Berichtigung als „angebliche" charakterisiert, die aber offenbar dem Hauptvorstand in Berlin real genug erschien, um ein Eingreifen zu veranlassen.

Punkt III.

Die Heftigkeit einer Debatte hängt nicht von der Zahl der Redner ab, die an ihr teilnehmen, insbesondere nicht bei einer außerordentlich schwach besuchten Versammlung. Tatsache ist, wie uns mehrere Teilnehmer erneut bestätigen, daß volle 2 Stunden von einem Rededuell zwischen dem Vorsitzenden, Herrn Dr. Mainzer, und dem aus dem Vorstand ausgeschiedenen konservativen Gemeinderepräsentanten, Herrn Felix Mayer, ausgefüllt wurden. Die Debatte zwischen den beiden Herren war, wie unser Berichterstatter geschrieben hatte, „außerordentlich heftig".

Punkt IV.

Unser Berichterstatter lehnt es ab, über den Zahlenwert des Wortes „erheblich" in eine Debatte einzutreten. Tatsache ist, daß eine Anzahl von Mitgliedern unter der genannten ausdrücklichen Maßgabe ausgetreten sind und wahrscheinlich nicht die schlechtesten. Im übrigen hören wir, daß eine Reihe von anderen Herren ihre Entscheidung mit vom Ausfall der Generalversammlung abhängig gemacht hat.

Dazu bemerkt das „Jüdische Wochenblatt" noch:

Es liegt uns völlig fern, den C.-V. als solchen zu bekämpfen. Wir sind im Gegenteil der Meinung, daß durch seine Abwehrtätigkeit eine ebenso notwendige wie ersprießliche Arbeit geleistet worden ist. Bekämpfen werden wir dagegen jede Verketzerung eines Teils des deutschen Judentums seitens des C.-V., wie es durch die Wahlperiode zweifellos geschehen ist.

*

Die letzte Nummer der C.-V.-Zeitung enthält einen wütenden Angriff gegen alle zionistischen und nationaljüdischen Zeitungen, die in letzter Zeit Berichte aus den verschiedenen Ortsgruppenversammlungen des C.-V. gebracht und aus diesen Berichten naheliegende Schlüsse gezogen haben. Der Aufsatz tadelt diese „Geschäftigkeit" der national-jüdischen Presse und nennt die Berichte selbst „Anekdoten". Wir haben aus der Berichtigung der Frankfurter C.-V.-Ortsgruppe und der Gegenberichtigung des „Jüdischen Wochenblattes" durchaus nicht den Eindruck erhalten, daß es sich dabei um pure „Erfindungen" nationaljüdischer Phantasie handle.

Zu dem Bericht über die Abstimmung in der Duisburger Jüdischen Gemeinde, betreffs Subvention des C.-V. (siehe Nr. 22 des „Jüd. Echo") stellt der Artikel fest, daß 1. drei nichtzionistische Mitglieder der Gemeinderepräsentanz zufällig nicht anwesend waren und daß bei ihrer Anwesenheit der Antrag mit Zweidrittel-Majorität abgelehnt worden wäre und 2. ein Mitglied der Duisburger Jüdischen Gemeinderepräsentanz den C.-V. bei der Debatte in Schutz genommen habe. Ferner wird gesagt, daß, entgegen unserer Annahme, der C.-V. niemals von der liberalen Partei einen Pfennig Unterstützung empfangen habe, noch ihm ein Pfennig angeboten wurde. In hämischem Ton fragt der Artikelschreiber, ob es auch „zu den Aufgaben zionistischer Gemeindepolitik gehört, dahin zu wirken, daß die Gemeinden, statt den Zentralverein zu unterstützen, der für alle deutsche Juden das Recht auf die deutsche Heimat erkämpft, Gelder für den „neutralen" Palästinaaufbau bereitstellen." Darauf ist zu erwidern, daß es nach unserer Auffassung freilich zu den Aufgaben der jüdischen Gemeinde gehört, den Palästina-Aufbau zu fördern. Was aber die Behauptung betrifft, daß der C.-V. „für alle deutsche Juden das Recht auf die deutsche Heimat erkämpft", so ist es ja eben der Wahlkampf des C.-V. zum preußischen Landesverband gewesen, der uns diesen Glauben gänzlich zerstört hat und gerade der verantwortliche Leiter der Geschäfte des C.-V. hat es damals ausgesprochen, daß der von ihm geführte Verein keineswegs alle deutschen Juden in seinem Kampf gegen den Antisemitismus vertreten könne.

MITTEILUNGEN
des Israelitischen Lehrervereins für Bayern
Schriftleitung: M. Rosenfeld, München

Nr. 23 München, 19. Juni 1925

Einladung

zu der am Sonntag, den 12. und Montag, den 13. Juli in Nürnberg stattfindenden

44. Mitgliederversammlung

des Israelitischen Lehrervereins in Bayern

Programm.

I. Sonntag, nachmittags 3 Uhr: Sitzung der Verwaltung im Sitzungssaale der Israel. Kultusgemeinde (Neue Gasse). Hierzu sind die Ehrenmitglieder und die Mitglieder der Verwaltung, sowie die Referenten eingeladen.
Die Vereinsmitglieder sind berechtigt, als Zuhörer beizuwohnen.

II. Sonntag, abends 8 Uhr: Begrüßungsabend im Deutschen Hof (Lehrerheim). Vortrag von Kantor Müller-München über kantorale Vor- und Fortbildung mit gesanglichen Darbietungen mehrerer Kantoren.

III. Hauptversammlung.
Montag, vormittags 9 Uhr im Deutschen Hof (Lehrerheim).

Tagesordnung:

1. Bericht der Vorstandschaft; Enlastung des Kassiers und der Verwaltung.
2. Vortrag: Anwendung des Prinzips der Arbeitsschule auf den Hebräischen Sprachunterricht. Referenten: Dr. Bamberger, Nürnberg und Hirnheimer-Höchberg.
3. Statutenänderung. Berichterstatter: Seminaroberlehrer Stoll, Würzburg.
4. Beamtenordnung des Verbands. Berichterstatter: Ehrenreich, Nürnberg.
5. Versorgung der Altpensionisten. Berichterstatter: Ehrenreich, Nürnberg.
6. Neuwahl der Verwaltung.
7. Wahl der Vertreter zum Rate des Verbandes.
8. Wünsche und Anträge.

Es ist vorgesehen, am Montag ein gemeinsames Mittagessen (durch Restauration Plaut) im Deutschen Hof zu veranstalten. Preis 4 Mk. Da das gemeinsame Essen nur bei genügender Beteiligung abgehalten werden kann, bitten wir, die Teilnahme umgehend bei Dr. Bamberger, Nürnberg, Hessestraße 6, anzumelden.

Wir bitten um zahlreichen Besuch der Tagung.

München, den 14. Juni 1924.

Die Verwaltung:

M. Rosenfeld, Schriftführer. S. Dingfelder, 1. Vorsitzender.

Anträge zur Mitgliederversammlung.

Kollege Ehrenreich-Nürnberg hat folgende Anträge gestellt:

I. Der Lehrerverein wolle beim Verbande folgende Abänderungen der „Beamtenordnung“ beantragen.

1. § 2². Streichung des Wortes „regelmäßig“.
§ 2⁴. Streichung der Worte „oder von einer anderen vom Verbande anerkannten Stelle.“
§ 2⁶ fällt weg.
2. § 4³. Streichung der Worte „des Titels“.
3. § 10₂. Zu den Worten „in bestimmten Räumen“ wohnen soll hinzugefügt werden: Die den wohnungshygienischen Anforderungen entsprechen müssen.
4. § 11. Urlaub gleich den Reichsbeamten.
5. § 14¹. Die Worte „nach Maßgabe der Aufstellung im Anhang, die einen Bestandteil der Beamtenordnung bildet“ sind zu streichen und dafür zu setzen „nach Maßgabe der jeweils geltenden Reichsbesoldungsordnung.“

II. Der Lehrerverein wolle dahin wirken, daß eine Beamtenkammer als Vertretung der Beamten gegenüber dem Verbande gebildet wird. Durch diese sollen die nötigen Sicherungen geboten werden, um die Beamten namentlich im Hinblick auf das vorgeschlagene und als ungenügend zu erachtende Schiedsgericht vor Übergriffen zu schützen.

III. Die Mitgliederversammlung beauftragt die Verwaltung beim Verbande dahin vorstellig zu werden, daß die Altpensionäre, die weder von Gemeinden noch vom Versorgungsverbande Pensionen empfangen, vom Gemeindeverbande eine angemessene Sustentation erhalten.

Im Anschluß hieran seien die vom Vorsitzenden im Einvernehmen mit den weiteren Lehrervertretern auf der Tagung des Verbandes zur Beamtenordnung gestellten Anträge mitgeteilt.

Zu § 2⁴. Als Religionslehrer kann nur berufen werden, wer die Abschlußprüfung an einem israe-

litischen oder einem staatlichen Lehrerseminar, einschließlich der Prüfung in den Religionsfächern nachweist.

Neu § 2[5]. Als Kantor kann nur angestellt werden, wer die Voraussetzungen nach Ziffer 4, sowie den Befähigungsnachweis für das Amt von einer vom Verband anerkannten Fachautorität erbringt.

Zu § 2[6]. Die Worte „religiöser Hauptausschuß" sind durch „Schiedsgericht des Verbandes" zu ersetzen.

Zu § 3[1]. Vorbehaltlich anderweitiger Vereinbarung ist das Dienstverhältnis widerruflich... für die übrigen Beamten nach einer Dienstzeit von 5 Jahren.

Unwiderruflichkeit in einer Zuschußgemeinde erworben, ist für andere Zuschußgemeinden bindend.

Zu § 6[2]. In streitigen Fällen ist der Distriktsausschuß zu hören.

Zu § 15. Das Wort „gleichzeitig" ist zu streichen.

Neuer § 15[2]. Wird ein bisher von der Glaubensgemeinde besoldeter Lehrer unter Fortbestand seiner Dienstleistungen vom Staat übernommen, so wird dem betreffenden Beamten eine durch Nichtanrechnung der erworbenen Dienstjahre entsprechende Minderung seines Einkommens von der Gemeinde ersetzt.

Zu § 16. Religionslehrer werden nur dann nach Gruppe 8, bezw. 9 überführt, wenn sie die Anstellungsprüfung abgelegt haben.

Berichtigung.

Zu den in Nr. 2 bekannt gegebenen Anträgen auf Statutenänderung wird berichtigend mitgeteilt, daß die Anträge nur von Goldstein, Hellmann und Stoll gestellt sind; Mandelbaum ist aus der Liste der Antragsteller zu streichen.

Personalien.

Am 11. Jjar starb nach kurzer Krankheit im Alter von 83 Jahren der Religionslehrer, Kantor und Schochet a. D. Anselm Frank in Westheim bei Haßfurt. Derselbe war 60 Jahre Lehrer, davon 47 Jahre in unserer Gemeinde. Er hat es verstanden, durch sein bescheidenes Wesen die Liebe und Achtung aller Einwohner ohne Unterschied der Konfession sich zu erwerben. Zu seinem 70. Geburtstag wurde ihm das Ehrenbürgerrecht verliehen. Am Sarge zeichnete Herr Distriktsrabbiner Dr. Stein-Schweinfurt den Verblichenen als einen wahrhaft frommen, echten Jehudi und gewissenhaften Beamten. Im Namen der Kultusgemeinde und des israelitischen Lehrervereins sprach der Unterzeichnete Worte des Dankes und des Abschiedes. Auch der Bürgermeister des Ortes widmete dem Verstorbenen im Namen der politischen Gemeinde herzliche Abschiedsworte. Die Beteiligung an der Beerdigung war aus allen Schichten, Ständen und Konfessionen eine sehr starke. Man sah die Geistlichen und Lehrer des Ortes, den Gemeinderat und den Kriegerverein mit umflorter Fahne. Der Verstorbene selbst war Ehrenmitglied dieses Vereins. Sein Andenken sei zum Segen!

Westheim. L. Kahn.

Dem Hauptlehrer Blatt in Obbach wurde der Oberlehrertitel verliehen.

Volksschullehrer Krämer in Speyer wurde zum Hauptlehrer befördert.

Hauptlehrer Adler in Ansbach wurde ab 1. Mai an die Israelit. Volksschule in Nürnberg versetzt.

Lehrer Max Adler, früher in Altenmuhr, wurde an die Volksschule der Religionsgemeinschaft „Ohel Jakob" in München berufen.

Lehrer S. Schmid in Lichtenfels kommt als Kantor nach Ansbach.

Hauptlehrer a. D. Wormser in Ühlfeld übernimmt die Stelle eines Vereinssekretärs in Nürnberg. Die seit Jahresfrist in Ühlfeld bestehende private Volksschule geht damit wieder ein.

Aufgelöste Volksschule.

Durch die Regierung der Pfalz wurde die Volksschule in Mutterstadt aus den bekannten Gründen (Kindermangel) aufgelöst.

Bezirkskonferenz Würzburg.

Die in Nr. 24 des „Jüdischen Echo" angezeigte Konferenz mit dem Vortrag des Herrn Seminaroberlehrers Stoll: „Modern-naturwissenschaftliche Theorien im Lichte der traditionellen jüdischen Anschauung" findet nicht am 22. Juni, sondern erst Montag, den 29. Juni, nachmittags 4 Uhr im Seminar statt. Interessenten willkommen.

Hirnheimer, Höchberg.

Dem Andenken eines Lehrers.

In der „Einkehr", einer Beilage der Münchener Neuesten Nachrichten" veröffentlicht der bekannte Politiker Dr. Heim Erinnerungen aus seinem Lehrerleben. Darin widmet er einem jüdischen Lehrer folgenden Passus: „An der gleichen Schule (in Ansbach) war ein jüdischer Lehrerkollege, Hausmann. Er ist als armer Mann gestorben. Er hatte einen Gerechtigkeitssinn, der sich, ich möchte fast sagen, skrupelhaft auswirkte. Mit einem früheren Schüler von ihm, der heute noch wütender Antisemit ist und der öffentlich eine Rolle spielt, debattierte ich einmal über Antisemitismus. Er war unbekehrbar Antisemit. Nach seiner Ansicht gab es überhaupt keinen anständigen Juden. Als ich ihn aber an seinen früheren Lehrer Hausmann erinnerte, war er entwaffnet und er mußte mir sogar bekennen, daß er ihm Guttaten verdankte. Ich bin heute noch stolz darauf, daß ich mich der Freundschaft dieses edlen Mannes erfreute."

Hausmann stammte aus Dornheim bei Kitzingen, war zuerst als Religionslehrer tätig und wurde, nachdem er die Prüfung für Handelskunde abgelegt hatte, als Lehrer für Handelsfächer und Mathematik an der Realschule in Ansbach angestellt. Nebenamtlich erteilte er zeitweilig, meist in Vertretung des Rabbiners, den israel. Religionsunterricht an dieser Schule.

Einzahlungen seit 1. V. 25:

Durch Heippert, Scheinfeld 18.—, Stein, Regensburg 508.—, Bravmann, Gaukönigshofen 10.—, Goldstein, Oberlauringen 10.—, Dingfelder, München 420.—, Ottensoser, Würzburg 30.—, Hellmann, Würzburg 3.—.

Von Wetzler, Ludwigshafen 15.—, Gutmann Fürth 25.—, Lübeck, Fürth 15.—. Dr. Mandelbaum, Schweinfurt 4.—, Stein. Regensburg 15.—, Winter Regensburg 10.—, Levi, Burgpreppach 15.—, Hellmann, Würzburg 3.—.

Würzburg, 1. Juni 1925.

M. Hellmann.

Scheckamt Nürnberg Nr. 6479.

Jüdische Deputation bei Reichspräsident Hindenburg

Berlin. (J.T.V.) Der Reichspräsident v. Hindenburg empfing am 12. Juni die Vertreter der drei großen Religionsgemeinschaften in Deutschland zur Entgegennahme ihrer Glückwünsche anläßlich seines Amtsantritts. Namens des Deutschen evangelischen Kirchenbundes überbrachte der Präsident des Evangelischen Oberkirchenrats in Berlin, Dr. Kapler, die Wünsche der Gesamtheit der deutschen evangelischen Landeskirche. Der fürstbischöfliche Delegat, Weihbischof Dr. Deitmer, sprach dem Reichspräsidenten die Glückwünsche der katholischen Religionsgemeinschaft aus. Als Vertreter des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, zugleich im Namen der gesamten Judenheit, begrüßte der Präsident der Berliner Jüdischen Gemeinde, Kammergerichtsrat Dr. Leo Wolff, den Reichspräsidenten. Seine Ansprache hatte den folgenden Wortlaut:

Hochgeehrter Herr Reichspräsident! Die deutschen Juden empfinden es mit lebhafter Befriedigung, daß ihnen Gelegenheit gegeben ist, durch den Mund des Vertreters ihres größten Verbandes Euere Exzellenz zu begrüßen und ihre ehrerbietigsten Glückwünsche zum Antritt Ihres hohen Amtes auszusprechen. Gleich allen übrigen Deutschen hegen sie die feste Zuversicht, daß Euerer Exzellenz beschieden sein möge, dieses Ihnen vom Volke übertragene Amt in selbstloser Pflichterfüllung durch viele Jahre zu verwalten.

Wenn Euere Exzellenz es ausgesprochen haben, daß Sie es als Ihre Aufgabe betrachten, allen Parteien und allen Bekenntnissen in gleicher Weise gegenüberzutreten, so nehmen wir diese Worte voller Vertrauen auf und erblicken in ihnen die Gewähr dafür, daß die den Juden durch das Reichsgesetz vom 3. Juli 1869 zugesicherte Unbeschränktheit in der Ausübung der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte durch die Gesetzgebung nicht angetastet und in der Verwaltung tatsächlich und dauernd durchgeführt wird, daß aber auch Angriffe auf unsere Religion, wie sie unberechtigterweise aus schlecht unterrichteten Kreisen leider hervorgegangen sind, in Zukunft unterbleiben werden. Gleiche Rechte — das erkennen wir freudig an — bringen gleiche Pflichten mit sich, und so werden alle deutschen Juden wie bisher ihre volle Kraft in hingebender und eifriger Mitarbeit an den vaterländischen Aufgaben einsetzen.

Möge die Amtszeit Euerer Exzellenz frei bleiben von Zwist, Haß und Mißgunst der deutschen Brüder untereinander! Dann wird sie für unser geliebtes Vaterland sein eine Zeit des Aufstiegs zu alter Größe und Herrlichkeit."

Reichspräsident v. Hindenburg dankte den Vertretern der Religionsgemeinschaften für die Glückwünsche und sagte: „Ich gebe Ihnen bei dieser Gelegenheit erneut die Versicherung, daß ich in meinem hohen Amte mit gleicher Gewissenhaftigkeit alle Bekenntnisse und Weltanschauungen achten und stets den Geist innerer Volksgemeinschaft schützen werde. Wenn ich einen Wunsch anschließen darf, so bitte ich Sie, diesen gemeinsamen Empfang der Vertreter der verschiedenen Bekenntnisse durch den Vertreter des Deutschen Reichs nicht nur als eine bloße Form anzusehen. Wie Sie, meine Herren, sich hier zusammengefunden haben, um mir ihre gleichgestimmten Wünsche auszudrücken, so möge auch in den Reihen der Kirchen und Gemeinschaften sich stets der Sinn für Versöhnlichkeit, gegenseitige Achtung und einträchtige Zusammenarbeit finden, ohne den die Zukunft Deutschlands nicht gefördert werden kann."

Der Fall Theodor Lessing

Der preußische Unterrichtsminister gegen die Lessing-Hetze. — Sozialdemokratische Anfrage im Landtag.

Berlin (J.T.A.). Vor einigen Tagen wurde am schwarzen Brett der Technischen Hochschule zu Hannover von Studenten, die sich als „Kampfausschuß" konstituiert haben, ein Anschlag angebracht, in dem es hieß, daß die Absicht Professor Theodor Lessings, am kommenden Montag seine Vorlesungen wieder aufzunehmen, nicht zur Durchführung kommen werde.

Wie der amtliche preußische Pressedienst mitteilt, weist der preußische Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung in einem Schreiben an den Rektor der Technischen Hochschule in Hannover zunächst darauf hin, daß Professor Lessing als Inhaber eines Lehrauftrages dem preußischen Disziplinargesetz vom 18. Juli 1852 unterliegt. Nach Artikel 118 Absatz 1 der Reichsverfassung, so führt der Minister aus, hat jeder Deutsche „das Recht, innerhalb der Schranken der allgemeinen Gesetze seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck, Bild oder in sonstiger Weise frei zu äußern". Der Minister weist darauf hin, daß der Artikel Lessings „Hindenburg" im „Prager Tageblatt" keinen genügenden Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen gegen Lessing gebe. Der Minister ersucht den Rektor, für den Fall, daß Professor Lessing seine Vorlesungen wieder aufzunehmen wünsche, Vorsorge zu treffen, daß dies ungehindert geschehen könne.

*

Berlin (J.T.A.). Gegenüber den Drohungen der völkischen Studenten an der Technischen Hochschule für Hannover, „alle zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um Prof. Dr. Lessing aus dem Lehrkörper der Hochschule zu entfernen" und „nicht eher zu ruhen, bis das gesteckte Ziel erreicht ist", fordert die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtages vom Staatsmini-

sterium in Form einer großen Anfrage ein energisches Vorgehen, damit die durch die Reichsverfassung garantierte Lehrfreiheit geschützt wird und die zuständigen Verwaltungen der Hochschule jederzeit gegen eine Verletzung des Artikels 118 der Reichsverfassung einschreiten.

Aus Hannover wird telegraphiert: Nach dem Entscheid des Preußischen Unterrichtsministers, der betonte, daß der Artikel Theodor Lessings „Hindenburg“ im „Prager Tageblatt“ vom 25. April d. J. keinen genügenden Anlaß zu einem disziplinarischen Vorgehen gegen den Verfasser gebe, hat Professor Theodor Lessing am Montag, den 8. Juni, seine Vorlesungen an der Technischen Hochschule wieder aufgenommen. Das erste Kolleg mußte infolge Terrors des studentischen „Kampfausschusses“ unterbrochen werden. Wie verlautet, will der Rektor der Technischen Hochschule in den nächsten Tagen erneut beim Kultusministerium Einspruch erheben und die Forderung wiederholen, daß dem Dozenten Lessing die venia legendi entzogen werde.

Die „Vossische Zeitung“ schreibt: Die Hartnäckigkeit des Hannoverschen Rektors ist..., recht unverständlich. Es muß verhindert werden, daß der politische Terror auf die Hochschulen übergreift. Deshalb kann man wohl erwarten, daß der Unterrichtsminister auch dem neuen Einspruch des Rektors die gebührende Antwort erteilt.“

Vom Verein für das Deutschtum im Ausland

Berlin (J.T.A.). Im Verein für das Deutschtum im Ausland spielt sich zur Zeit ein Kampf um die Zulässigkeit der Aufnahme jüdischer Mitglieder ab. Die Ortsgruppe Pirna des Vereins hat den folgenden Antrag gestellt: Der Landesverband Sachsen wird beauftragt, der Hauptversammlung in Kufstein den Antrag einzubringen, daß künftighin nur diejenigen deutschen Männer und Frauen Mitglieder des Vereins werden können, welche in der Lage sind, ihre deutsche Abstammung nachzuweisen; dieselben müssen reindeutschen Blutes sein und dürfen auch nicht mit Juden verwandt, verschwägert oder sonstwie versippt sein.

Dieser Antrag ist in der Landesverbandstagung in Dresden angenommen worden. Die Leitung des Landesverbandes Sachsen hat daraufhin angeordnet, die Ortsgruppen sollten überall außerordentliche Mitgliederversammlungen abhalten, um festzustellen, ob der Landesverband bei der Kufsteiner Tagung derartigen Anträgen zustimmen sollte. In dem Begleitschreiben wird dringend vor der Annahme dieser Anträge gewarnt, weil sonst der Verein für Deutschtum im Ausland in antisemitisches Fahrwasser geleitet würde. Dem Schreiben der Landesverbandsleitung ist ein Schreiben des Oberlehrers Dr. Gotthold Weicker beigefügt, in welchem es u. a. heißt: „In ganz Osteuropa ist der Träger der deutschen Sprache zu einem großen Teile das Judentum. Das mag vielen unerwünscht sein. Wer aber die Ausbreitung der deutschen Sprache wünscht, kann an dieser Tatsache nicht vorbeigehen. Der Verein für das Deutschtum im Ausland muß, wenn er die deutsche Sprache in Osteuropa erhalten wissen will, das Judentum als Träger der deutschen Sprache anerkennen und kann es nicht von der Mitarbeit ausschließen.“ In dem Schreiben wird weiter gesagt, mit der Annahme der Satzungsänderung biege der Verein zwangsläufig in die Bahn der völkischen Vereine und Parteien ein und gebe seine politische Neutralität auf. Durch die Annahme würde das Fortbestehen des Vereins überhaupt bedroht. Es wird darum gebeten, den Landesvorstand zu beauftragen, in Kufstein gegen den Antrag auf Satzungsänderung zu stimmen.

Tagung des Verbandes der jüdischen Lehrervereine in Köln

Die Metropole am Rhein, das „heilige Köln“, das infolge der Jahrtausendfeier in diesem Sommer das Ziel Tausender und Abertausender sein wird, hatte der Verband der jüdischen Lehrervereine in Deutschland als Ort für seine 8. Tagung gewählt. Aus Ost und West, aus Süd und Nord sind Lehrer und Kantoren in großer Zahl zur Versammlung erschienen. Behörden, Verbände und Gemeinden ordneten Vertreter zu dieser Tagung ab. Der Verband bayerischer Israelitischer Gemeinden zeigte sein Interesse an den Verhandlungen, indem er in dem Ratsmitglied Oberlehrer Dingfelder-München einen eigenen Vertreter entsandte. Das von ihm überbrachte Begrüßungsschreiben des Präsidenten des Verbandes, Oberlandesgerichtsrat Dr. Neumeyer, wurde mit besonderem Beifall aufgenommen.

Ein stimmungsvoll durchgeführter Begrüßungsabend, umrahmt von Gesangsvorträgen der Synagogenchöre und Kölner Kantoren, zwischen die sich frische Lieder der Schuljugend mischten, eröffnete die Tagung. Aus der großen Reihe der Begrüßungsreden sei die des Bürgermeisters Dr. Linnartz, der für den infolge anderweitiger Inanspruchnahme verhinderten Oberbürgermeister Adenauer erschienen war, besonders hervorgehoben. Mit wohltuender Wärme betonte er, daß die jüdische Schule — Köln besitzt eine in jeder Hinsicht vorzüglich ausgestattete jüdische Volksschule — jederzeit in gleicher Weise wie die der anderen Konfessionen durch die Stadt gefördert werde. Nicht minder angenehm berührte die feinfühlige Art, mit der er zu den Verhandlungsgegenständen der Tagung Stellung nahm. Wenig glücklich sprach der Vertreter des Verbandes der Preußischen Gemeinden, Professor Türk-Berlin. Der Verbandsvorsitzende, Mittelschullehrer Stern-Berlin verband mit seiner Begrüßungsansprache zugleich einen gedrängten Rechenschaftsbericht und entwickelte sodann ein kurzes Programm für die künftige Verbandstätigkeit. Mit dem Ausdrucke tiefsten Bedauerns wies er auf die trostlosen Zustände in zahllosen jüdischen Gemeinden hin, die in Gotteshaus und Schule verwaist sind, deren Kinder ohne religiöse Erziehung und Unterweisung aufwachsen. Wenn auch manche äußeren Umstände ungünstig auf die Entwicklung des jüdi-

schen Gemeindelebens eingewirkt haben mögen, so trifft doch im letzten Grunde die Schuld an diesen Verhältnissen die deutsche Judenheit und ihre Vertreter. Lange und oft genug haben Lehrer und Rabbiner ihre warnende Stimme erhoben, aber ihre Warnungsrufe verhallten ungehört. Nun aber gelte es, der Forderung der Zeit Rechnung zu tragen. Die Neuregelung der Lehrerbildung bedeute nichts weniger als Neuschaffung des jüdischen Lehrerstandes. Es sprachen noch der Vertreter der Kölner Lehrerschaft, Rektor Coblenz, für die Gemeinde Köln deren 1. Vorsitzender Blumenau, Seminaroberlehrer Keßler-Münster, der ein Treugelöbnis zum deutschen Vaterlande ablegte, für den Verein Rheinland und Westfalen, und schließlich Rabbiner Dr. Rosenthal-Köln für den Allgemeinen Rabbinerverband Deutschlands.

Den eigentlichen Verhandlungen waren zwei Tage gewidmet und zwar in der Weise, daß an den Vormittagen die allgemein interessierenden Schul- und Berufsfragen in öffentlichen Versammlungen, nachmittags hingegen die besonderen Standesangelegenheiten in geschlossenen Sitzungen zur Beratung kamen.

Am Dienstag, den 2. Juni, wurde das Thema „Arbeitsschule und jüdischer Religionsunterricht" behandelt. Referenten waren Dr. Löwenberg-Berlin und Frl. Marx-Köln. Während der erste Referent mehr die theoretischen Grundlagen der Arbeitsschule darlegte, zeigte Frl. Marx aus praktischer Erfahrung heraus, wie in der Grundschule die Arbeitsmethode durchgeführt werden könne. Das Kind und sein Erleben müsse in den Mittelpunkt des Unterrichts gestellt werden. Selbsttätiges Erarbeiten der religiösen Wahrheiten, Erlebnisunterricht und Hinführen zur Tat sei das Ziel. Durch die Arbeitsschule werde auch der Unterricht freudvoller, die Religionsstunde zur Feierstunde.

In der 2. öffentlichen Sitzung kam die Frage der Lehrerbildung zur Beratung. Es war vorauszusehen, daß in dieser Frage die Gegensätze der Anschauung scharf aufeinander prallen würden. Dies zeigte sich sowohl in den Referaten, die von Dr. Gutmann-Berlin, Buchheim-Essen und Levy-Frankfurt a. M. erstattet wurden, als noch mehr in der anschließenden Debatte. Schließlich wurde folgende, von der Vorstandschaft vorgeschlagene Resolution angenommen:

„Der Verband der jüdischen Lehrer im Deutschen Reiche tritt grundsätzlich für die Gleichheit der Vorbildung der jüdischen Lehrer einschließlich der Religionslehrer mit der der Volksschullehrer ein. Aus praktischen Gründen müssen jedoch Veranstaltungen getroffen werden, solchen Bewerbern, die sich lediglich als Religionslehrer und Kantoren bezw. Kultusbeamte ausbilden wollen, eine der Volksschullehrer-Vorbildung in pädagogischer und wissenschaftlicher Beziehung völlig gleichwertige, wenn auch nicht gleichartige Vorbildung zu verschaffen." Mit großer Mehrheit wurde dagegen ein Antrag Peritz-Königsberg, einstweilen Kurse nur für Kultusbeamte zu schaffen, abgelehnt.

Aus den Verhandlungen der geschlossenen Mitgliederversammlungen sei hier nur noch der Teil der gefaßten Resolutionen wiedergegeben, der zeigen soll, welche Voraussetzungen geschaffen werden müssen, wenn an einen Wiederaufbau des jüdischen Lehrerstandes überhaupt herangetreten werden kann. „Der Verband weist auf die Notwendigkeit der Heranbildung eines geeigneten Lehrernachwuchses hin und ist, in der sicheren Erwartung, daß die Anstellungs-, Besoldungs- und Versorgungsverhältnisse der Lehrer zeitgemäß geregelt werden, bereit, an der Lösung dieser Aufgabe tatkräftig mitzuarbeiten. Zu diesem Zwecke richtet er an die Landesverbände derjenigen Staaten, die diese Voraussetzungen noch nicht geschaffen haben, das dringende Ersuchen:

a) Ein den Anschauungen der Gegenwart entsprechendes Beamtenrecht für sämtliche jüdischen Kultusbeamten zu schaffen;
b) Besoldungskassen einzurichten, die die Besoldung der Beamten nach staatlichen Grundsätzen auch in den kleinsten Gemeinden gewährleisten;
c) Pensionskassen einzurichten."

Die Tagung in Köln hat bewiesen, daß die jüdische Lehrerschaft ihren alten idealen Schwung nicht verloren hat. Aber von Idealen allein kann man nicht leben. In wenigen Tagen wird der größte jüdische Gemeindeverband, der Verband der preußischen Gemeinden, zusammentreten. Hier wird sich zeigen, ob und welches Echo der Ruf von Köln finden wird, ob die Lehrerfrage, die, wie der Vertreter des Verbandes selbst betont hat, die Frage des deutschen Judentums ist, ihrer Lösung zugeführt werden kann.

M. Rosenfeld, München.

Tagung des liberalen Rabbinerverbandes

Köln. (J.T.A.) Gleichzeitig mit dem allgemeinen Rabbinerverband in Deutschland tagte in Köln auch der liberale Rabbinerverband. Der Vorsitzende, Rabbiner Dr. Seligmann (Frankfurt a. M.), wies auf die Tatsache des starken Sieges des Liberalismus bei den Preußischen Landesverbandswahlen hin und widmete den seit der letzten Hauptversammlung Dahingeschiedenen Worte der Erinnerung. Rabbiner Dr. Italiener (Darmstadt) sprach über das Thema „Das Numinose unserer hohen Feiertage", Rabbiner Dr. Seligmann referierte über „Grundfragen und Grundsätze des liberalen Einheitsgebetbuches". In der Debatte wurde die Forderung ausgesprochen, nicht außer acht zu lassen, daß auch ein liberales Gebetbuch die Idee der Gesamtheit Israels vertreten müsse. Rabbiner Dr. Norden (Elberfeld) referierte über „Ziele und Wege des liberalen Judentums in Amerika und Deutschland". Er hob das Sendschreiben von Claude Montefiore an die amerikanische Rabbinerkonferenz hervor, das in der Überzeugung gipfele, daß das liberale Judentum das Judentum der Zukunft sei. In diesem Sendschreiben ist gesagt, daß Zionismus und Liberalismus keineswegs innere Widersprüche sind, daß es im Gegenteil darauf ankommt, auch die Zionisten von der Notwendigkeit des religiösen Liberalismus zu überzeugen. — Rabbiner Dr. Norden schilderte die Entwicklung des Liberalismus in Deutschland. Dem Vorstand wurde aufgegeben, die Gründung einer theologisch-wissenschaftlichen Zeitschrift zu betreiben.

Der neue Vorstand setzt sich zusammen aus den Rabbinern Seligmann-Frankfurt a. M., Vogelstein-Breslau, Freudenthal-Nürnberg, Norden-Elberfeld, Italiener-Darmstadt, Wilde-Magdeburg, Wiener-Stettin. Zum Vorsitzenden wurde Rabbiner Dr. Seligmann wiedergewählt.

In seinem Referat über das liberale Einheitsgebetbuch stellte Rabbiner Dr. Seligmann folgende Thesen auf:

1. Die schleunige Inangriffnahme eines liberalen Einheitsgebetbuches ist in der Weise in die Wege

zu leiten, daß eine möglichst große Anzahl von liberalen Rabbinern derjenigen Städte, die in ihren Gemeinden für das liberale Einheitsgebetbuch sich einsetzen wollen, mit dem Referenten zu einer Kommission zusammentreten, um gemeinsam auf Grund der allgemein gültigen Grundsätze und den Bedürfnissen ihrer Gemeinde dieses Gebetbuch so bald als möglich fertig zu stellen.

2. Die Großgemeinden werden gebeten, bevor sie an die Schaffung eines neuen liberalen Gebetbuches in ihren Gemeinden herantreten, das Erscheinen dieses fertig zu stellenden Einheitsgebetbuches abzuwarten, um sich alsdann für oder wider dessen Einführung in ihren Gemeinden zu entscheiden.

3. Die von Geiger aufgestellten werden für den hebräischen Text unter Berücksichtigung der seit ihrer Aufstellung veränderten Einstellung und Beurteilung der deutschen liberalen Juden akzeptiert.

4. Die deutsche Bearbeitung soll keine Übersetzung sein, sondern als bestimmt für die des Hebräischen Unkundigen — eine originale Neuschöpfung, die dem deutschen Stilgefühl entspricht. Nur die Gedanken sollen aus den entsprechenden hebräischen Gebeten geschöpft werden.

5. Eine Neubearbeitung der Haftaroth soll baldmöglichst in Angriff genommen werden; desgleichen eine Agende für Rabbiner, ein Gebetbuch für den Jugend-Gottesdienst und eine neue deutsche Techinnah, ein Andachtsbuch für Frauen und Mädchen.

Gemeinsame Jugendveranstaltung

(J. Z.) Am Sonntag, den 7. Juni fand in Berlin ein Fest des Reichsausschusses der jüdischen Jugendverbände statt. Durch dieses Fest sollten die Mittel zur Schaffung eines Erholungsheimes für die jüdische Jugend aufgebracht werden. Zum erstenmal war die gesamte jüdische Jugend zu einer gemeinsamen Kundgebung an die Öffentlichkeit hervorgetreten. Dieser Gedanke beherrschte auch die Ansprache, die Herr Georg Lubinski vom „Hechaluz", Deutscher Landesverband, im Namen des Reichsausschusses an die Versammlung richtete. Er hob hervor, daß sich jetzt einmal das Selbstverständliche vollzogen habe, das die gesamte jüdische Jugendbewegung zu einem Werke vereinigte. Dieselben weltanschaulichen, religiösen und politischen Gegensätze wie bei den Alten spalten auch die Jugend in Parteien und Gruppen und gewähren so ein getreues Spiegelbild der Zerrissenheit und Spaltung innerhalb des jüdischen Lebens. Bedeutungsvoll aber sei es, daß sich die jüdische Jugend gerade bei einem Werke der Selbsthilfe und der sozialen Hilfe zusammengefunden habe. Soziale Hilfe und Jugendbewegung seien die beiden Faktoren, die die Neuwerdung einer jeden Gemeinschaft von außen und innen her garantieren. Das Fest sollte aber darüber hinaus einen Einblick in das Leben der verschiedensten jüdischen Jugendbünde geben. Wenn das Bild, das sich so ergebe, nicht einheitlich ist, so liege die Schuld nicht an der Leitung des Festes, sondern an der tatsächlichen Uneinheitlichkeit des jüdischen Lebens. Hier einen Versuch der Einheit zu schaffen, sei vielleicht der tiefere Sinn des Festes.

Es folgten darauf Solo- und Chorgesänge in hebräischer Sprache vom „Jung-jüdischen Wanderbund" und dem „Jüdischen Volksheim". Der Horratanz der Kleinsten dieser Gruppen fand begeisterte Aufnahme und mußte wiederholt werden. Der „Esra" brachte eine recht wirksame Szene aus Moritz Heimann „Das Weib des Akiba", der sich eine gesangliche Einlage anschloß, die ebenfalls von „Esra" vorgetragen und in der in sehr humoristischer Weise nochmals der Sinn des Festes hervorgehoben wurde. Der „Jüdische Jugendbund" brachte deutsche Volkslieder zum Vortrag. Zum Schluß ernteten die Kükenvolkstänze der „Deutsch-Jüdischen Jugendgemeinschaft" stürmischen Beifall. Als erstes Ergebnis des Abends konnte am Schluß der Veranstaltung mitgeteilt werden, daß die Leitung des jüdischen Wohlfahrtsamtes und der Zentralwohlfahrtsstelle der deutschen Juden den Gedanken der Schaffung eines Heims für die jüdische Jugend bei den Gemeinde-Instanzen wirksam vertreten und dem Bestreben der Jugend das vollste Verständnis entgegenbringen werde.

Echo der Presse

Der „Nürnberger Zeitung" schreibt ein Korrespondent unter dem Titel „Die Aufbauarbeit in Palästina" aus Jerusalem: „Jeder, der nach Palästina kommt und es bereist, merkt gleich den Fortschritt und die Arbeit, die die Zionisten hier verrichteten. Man braucht nicht die frühere Lage zu kennen, bevor die Juden aus aller Welt anfingen, nach diesem Land zu strömen und es zu bebauen, man muß nur an den Grenzen jüdischer und arabischer Besitzungen stehen und gleich wird man den Unterschied merken. Auf dem jüdischen Territorium blühendes Land, das mit den neuesten Maschinen bearbeitet wird, und auf der anderen Seite vernachlässigtes Gebiet, das wüst und mit Steinen besät daliegt oder mit alten Geräten aus der Zeit der Erzväter bearbeitet wird.

Hauptsächlich in der Jisreel-Ebene wurde viel geschaffen, denn erst nach dem Kriege konnte man anfangen, diese Ebene, die sehr fruchtbar, aber von den Arabern vernachlässigt worden ist, stückweise abzukaufen und die vielen Sümpfe, der Sitz der Malaria-Fliegen, auszutrocknen. Jetzt ist fast die ganze Ebene in den Händen des „Jüdischen National-Fond". Dort helfen junge Juden — viele sind Söhne reicher Eltern, die alles im Stich ließen — „Erez-Jsrael" aufbauen. Hier werden diese jungen Leute „Chaluzim" genannt, das soviel ist wie „Pioniere". Alle schwebten in Lebensgefahr. Nicht nur das Malaria-Fieber (heute kommen nur noch einzelne leichtere Fälle vor) war gefährlich, sondern auch die in der Umgebung hausenden Araberstämme bedeuteten Gefahr. Aber dank der Aufopferungen der „Chaluzim" ist das ganze dortige Gebiet kultiviert worden; die Unheil bringenden Sümpfe sind von der Oberfläche verschwunden, auf denselben Plätzen sind jetzt schöne, blühende Ortschaften erstanden. Und auch die Beduinen sind jetzt freundlich geworden, obwohl sie noch viel von den Effendis gegen die Juden aufgereizt werden; sie sehen doch auch, daß die Juden den Segen mit ins Land bringen.

Wie nun aber deutsche Juden an diesem großartigen Aufbauwerk sich beteiligen, erfuhr ich durch Herrn Felix Rosenblüth, den früheren Vorsitzenden der Zionistischen Organisation in Deutschland, der mir ein Interview für die „Nürnberger Zeitung" gewährte.

Die erste Frage war: „Inwieweit sind an der Aufbauarbeit in Palästina Juden aus Deutschland beteiligt?"

Antwort: „Obwohl viele Juden aus Deutschland als Anführer der Zionistischen Organisation fungierten, konnte lange Zeit die Idee, in Palästina

einen „Judenstaat" (wie es Theodor Herzl, der Gründer des politischen Zionismus, nannte) zu gründen, nicht recht Wurzel fassen. Erst nach dem Kriege fing man in Deutschland an, sich mit der Sache zu befassen, und erst dann fing man an, für die beiden wichtigen Fonds, den Gründungsfond (Keren Ha-Jessed) und den Nationalfond (Keren Ha-Kajemeth) Geld in beträchtlicher Höhe zu spenden und, was noch viel wichtiger ist, man kam selbst her, sich im Lande anzusiedeln."

— „Sind schon viele deutsche „Chaluzim" hergekommen?"

— „Nicht sehr viel. Hauptsächlich schickt der „Blau-Weiß"-Bund junge Leute hierher. Diese werden in Deutschland für die Landwirtschaft und das Handwerk vorbereitet, so daß sie im Lande als gelernte Arbeiter gleich anfangen können zu arbeiten. Übrigens hat die „Blau-Weiß"-Gruppe in Tel-Awiw einen Konsumverein gegründet, so daß sie gleich selbständig sein können."

— „Hat auch die bayerische Judenheit Anteil am Aufbau? Sind auch Juden aus Nürnberg-Fürth hier?"

— „Aus Bayern sind bisher nur sehr wenig hergekommen. Auch einige junge Leute aus Nürnberg sind mir bekannt. Aber die, die herkamen, haben größere Unternehmungen, Fabriken usw. gegründet, die sich auch sehr gut entwickeln."

Zu diesen Ausführungen der „Nürnberger Zeitung" wird uns aus Nürnberg mitgeteilt:

1. Es sind sowohl Blauweiße aus Nürnberg als auch aus Fürth in nicht unbeträchtlicher Anzahl nach Palästina übergesiedelt.

2. Diese betätigen sich ausschließlich als Landwirte oder Handwerker.

3. Richtig ist, daß in nächster Zeit von Nürnberg aus weitere Übersiedlungen stattfinden werden, die unter anderem auch die Schaffung eines Fabrikationsunternehmens für Aluminiumwaren in Tel-Awiw beabsichtigen.

Bei dem geringen Interesse, mit dem im allgemeinen die bayerische Presse dem jüdischen Palästinaproblem gegenübersteht und bei der unobjektiven, ja mißgünstigen Art, mit der das neue jüdische Palästina, wenn es überhaupt Erwähnung findet, behandelt wird (vergl. die Berichte des Herrn v. Salzmann in den „Münchener Neuesten Nachrichten"), ist es anerkennenswert, daß die „Nürnberger Zeitung" einen derart objektiven und mit dem jüdischen Aufbau sympathisierenden Artikel veröffentlicht hat.

Aus der jüdischen Welt

Der Zuschuß für den bayerischen Verband israelitischer Kultusgemeinden durch den Haushaltausschuß des bayerischen Landtags genehmigt.

(J. Z.) In der Sitzung des bayerischen Landtags vom 4. Juni wurde der Zuschuß für den Verband israelitischer Kultusgemeinden in Höhe von Mk. 50.000.— für 1924, von Mk. 60.000.— für 1925 mit 13 gegen 12 Stimmen genehmigt. Dagegen stimmten Kommunisten, Sozialdemokraten, Deutschnationale und Deutschvölkische.

Die Leistungen des preußischen Staates für die jüdischen Gemeinden. — Ein Antrag der Jüd. Volkspartei beim preuß. Landesverband.

Berlin (J. T. A.) Die Herren Dr. Klee und Dr. Kollenscher haben im Namen der jüdischen Volkspartei beim preuß. Landesverband jüdischer Gemeinden folgenden Antrag gestellt:

Dem Preußischen Landtag liegt der Notetat für 1925 vor. In ihm ist für jüdische Gemeinden nichts eingestellt, während der ordentliche Etat, der erst im Herbst zur Verhandlung gelangt, im Extraordinarium 300.000.— Mk. vorsieht. Dem Preußischen Landesverbande jüdischer Gemeinden geben wir hiervon Kenntnis und ersuchen ihn, schleunigst bei der Preußischen Staatsregierung und bei den Parteien des Landtags dahin vorstellig zu werden, daß im Hinblick auf die dringende Not der Gemeinden und des Verbandes die 300.000.— Mk. auch schon in den Notetat eingestellt werden. Hiermit darf unserer Stellungnahme zum Hauptetat hinsichtlich des Anspruches auf Staatszuweisungen nach Art und Höhe nicht vorgegriffen werden.

Fünfzehn-Mann-Fraktion der Völkischen im Reichstag

Berlin (J.T.A.). Die Völkischen im Reichstag haben sich wieder zusammengeschlossen. Mit dem zu ihnen übergetretenen früheren deutschnationalen Abgeordneten Dr. Best zählen sie nunmehr fünfzehn Mann und haben somit einen Anspruch auf Vertretung in den Ausschüssen. Auch Abg. General Ludendorff gehört der neuen Fraktion an.

Völkische Erziehungsziele

Berlin (J.T.A.). Der „Bund völkischer Lehrer Deutschlands" hielt dieser Tage in Berlin seine erste Hauptversammlung ab. Folgende Erziehungsziele wurden festgesetzt: „Das deutschvölkische Hochziel der Erziehung ist der deutsche bewußte sittlich-religiöse Charakter. Er hat sich zu gründen auf die wahrhaft deutsche, nur arischem Blut eigene, ideale Weltanschauung."

Julius Barmat klagt an

Berlin (J.T.A.). Die Ergebnisse der Vernehmung Julius Barmats in seiner Wohnung durch den Vorsitzenden des Preußischen Untersuchungsausschusses Dr. Leidig haben in der deutschen Öffentlichkeit großes Aufsehen erregt. Unter der Überschrift „Der Angeklagte als Ankläger. — Was bleibt noch von der Barmathetze übrig?" schreibt das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" in seiner Nummer vom 12. Juni: „Barmat hat sich gestern als ein Opfer der antisemitischen und politischen Hetze bezeichnet. Wenn man das wenige liest, was er über das Auftreten des berüchtigten Herrn Kußmann mitgeteilt hat, wenn man ferner erfährt, daß seine Kredite bei der Staatsbank gar nicht gekündigt, sondern zumindest stillschweigend prolongiert waren, wenn man schließlich hört, wie nach der Verhaftung die wertvollsten Objekte des Konzerns geradezu verschleudert wurden, dann kommt man in der Tat zu dem Ergebnis, daß die Barmat-Affaire ein politischer Justizskandal ersten Ranges ist."

Eine Ehrung für André Spire

Berlin (J.T.A.). Aus Anlaß der letzten Sitzung des Berliner Emigrationsdirektoriums weilte der bekannte französische Dichter und Zionist André Spire in Berlin. Eine Reihe Persönlichkeiten des jüdischen sozialen Lebens benutzten diese Gelegenheit zu einer Ehrung des Dichters im kleinen Kreise, die außerordentlich eindrucksvoll verlief. Rechtsanwalt Dr. Alfred Klee begrüßte André Spire in herzlichen Worten als Dichter und als Mann der jüdisch-sozialen Tat. André Spire dankte auch im Namen seiner anwesenden Gattin für die

spontane, ihn außerordentlich freuende Ehrung. Spire befindet sich augenblicklich auf der Reise nach Rumänien, die in Verbindung steht mit dem Projekte, geeignete jüdische Personen als Landarbeiter, Pächter und Bauern in gewissen Teilen Frankreichs zu kolonisieren.

Zum 70. Geburtstag Prof. Gustav Dalmanns

Jerusalem (J.T.A.). Die palästinensische Gelehrtenwelt beging am 9. Juni die Feier des 70. Geburtstags des berühmten Palästina-Forschers Prof. Gustav Dalman, der gegenwärtig wieder in Jerusalem weilt. Im Hause des Jubilars versammelten sich die Gelehrten zur Beglückwünschung. Ansprachen hielten der deutsche und der schwedische Konsul, Prof. Hertzberg im Namen des Deutschen Archäologischen Instituts, dessen Leiter Dalman einst war, Prof. Albright im Namen der amerikanischen Schule für Archäologie in Palästina, der Prediger der St. George-Kathedrale in Jerusalem Dr. Danby im Namen der Palästinensischen Orientalischen Gesellschaft, ferner Prof. Klein, Dr. Joseph Klausner und Prälat Fellinger. — Die Gelehrten begrüßten es, daß Verehrer Dalman's in der ganzen Welt eine Aktion für die Schaffung eines Dalman-Instituts für Palästina-Wissenschaft eingeleitet haben.

Für Prof. Dalmanns Palästina-Institut an der Greifswalder Universität

Berlin (J.T.A.). Aus Anlaß des 70. Geburtstages des hervorragenden christlichen Theologen Gustav Dalmann haben führende Gelehrte aus Skandinavien, England, Holland der Schweiz, Amerika und Deutschland einen Aufruf zu einer Gustav Dalmann-Stiftung erlassen. Die Stiftung soll dazu helfen, das von Dalmann ins Leben gerufene Palästina-Institut an der Greifswalder Universität zu einer Pflegestätte der Palästinakunde und der Geschichte und Religion des palästinensischen Judentums auszubauen. — Prof. Dalmann ist zurzeit auf einer Forschungsreise durch Palästina begriffen.

Amtsjubiläum des Rabbiners Dr. Munk

Berlin (J.T.A.). Der Rabbiner der Israelitischen Synagogengemeinde „Adass Jisroel“ in Berlin, Dr. Esra Munk, beging dieser Tage das Jubiläum seiner 25jährigen Amtstätigkeit. Er wurde im Jahre 1900 nach dem Heimgange Rabbiner Esriel Hildesheimers zu dessen Nachfolger gewählt. Unter seiner Amtsführung hat die „Adass Jisroel“ an Ausbreitung ungeheuer zugenommen. Die Mitgliederzahl hat sich vervielfacht, drei neue Synagogen wurden gegründet und eine große öffentliche Schule mit über 600 Kindern ins Leben gerufen. Rabbiner Dr. Munk ist Vorsitzender des Zentralrates der Agudas Jisroel und stellvertretender Vorsitzender des traditionell-gesetzestreuen Rabbinerverbandes in Deutschland. Seine Gemeinde, sowie zahlreiche Körperschaften mußten auf ausdrücklichen Wunsch des Jubilars von jeder Feier Abstand nehmen.

Eine Jüdin erhält eine Professur an der Berner Universität

Bern (J.T.A.). Laut amtlicher Veröffentlichung über die Verhandlungen des Regierungsrates vom Kanton Bern ist der Privatdozentin Frl. Dr. med. Sophie Getzowa, einer Jüdin, von der Berner Universität ein Lehrauftrag für experimentelle pathologische Anatomie erteilt worden.

Abänderung des Schulgesetzentwurfs in Rumänien. — Die hebräische Sprache bleibt die Unterrichtssprache in jüdischen Privatschulen.

Bukarest (J.T.A.). Die halboffiziöse Agentur „Rador“ teilt mit: Das Gesetz über Privatschulunterricht soll erst in der nächsten Session behandelt werden. Dieses Gesetz soll zwei wichtige Änderungen erfahren und zwar dahin, daß konfessionelle Schulen von Nichtrumänen auch Schüler anderer Konfessionen werden aufnehmen dürfen. Weiter sollen die jüdischen Schulen, die heute die hebräische Unterrichtssprache haben, diese behalten.

Die Abänderung des Gesetzentwurfs über die Privatschulen ist darauf zurückzuführen, daß der ursprüngliche Regierungsentwurf unter den Juden Rumäniens auf starke Gegenwehr gestoßen war. Die Judenheit in Altrumänien, sowie in den neuen Provinzen Beßarabien, Bukowina und Siebenbürgen war einmütig in der Abwehr des Anschlags auf die Freiheit der Schule. Es wurde ein Appell an den König gerichtet mit der Bitte, auf die Regierung einzuwirken, daß den Bestrebungen, die jüdische Schule zu vernichten, Einhalt geboten wird. Die Judenheit Siebenbürgens hielt in Oradea Mare (Groß-Wardein) eine Vertreterkonferenz ab, in welcher der Präsident der jüdischen Nationalversammlung Siebenbürgens auf die ungeheueren Gefahren des neuen Gesetzentwurfs für die jüdischen Schulen, Chadarim und Jeschiwas, hinwies.

Ablehnung des Schulgesetzes in Litauen

Kowno (J.T.A.). Der litauische Sejm hat das Projekt, daß nur Schulen mit litauischer Unterrichtssprache vom Staate anerkannt und gestützt werden sollen, in zweiter Lesung abgelehnt. Somit ist die Gefahr, die dem hochentwickelten jüdischen Schulwesen in Litauen gedroht hat, vorläufig beseitigt.

Rabbinerkonferenz in Litauen — Schwerwiegende Beschlüsse

Kowno (J.T.A.). Dieser Tage fand in Kowno eine Zusammenkunft der Rabbiner Litauens statt, bei der 30 Rabbinate vertreten waren. Gegenstand der Beratungen bildeten die Organisierung der Rabbinate, Erziehung, Jeschiwoth usw. Da infolge der Zwangssonntagsruhe eine Anzahl jüdischer Händler ihre Läden an jüdischen Festtagen offen halten, wurde beschlossen, Personen, die den Sabbath nicht beobachten, von religiösen Funktionen auszuschließen, sie zur Thora nicht aufzurufen, ihnen die religiöse Trauungszermonie zu versagen und im Falle ihres Todes ein religiöses Begräbnis zu verweigern.

Literarisches Echo

Neue „Hebräische Unterrichtsbriefe“

In der Reihe der Unterrichtsbriefe der Methode Toussaint-Langenscheidt sind soeben die beiden Bände **„Hebräisch“** erschienen, herausgegeben von Prof. Willing. Die Gelehrsamkeit und der Fleiß, die in einem solchen Werke stekken, sind bemerkenswert und zwar umsomehr, als der Stoff an sich schon sehr umfangreich ist — das Werk enthält nicht nur reinen Sprachunterricht, sondern zugleich altisraelit. Geschichts- und Bibelkunde —, aber auch, weil er einerseits nach wissenschaftlichen, andererseits zugleich nach praktisch-pädagogischen Gesichtspunkten

auszuwählen und zu gruppieren war. Man sieht, die Aufgabe ist vielgestaltig, und man wird sich darum nicht wundern, wenn das Gesamtwerk einen etwas verwirrenden Eindruck macht. Wenn man einen beliebigen „Unterrichtsbrief, etwa den 26., herausgreift, so findet man darin: A: Historische Texte, sehr zweckmäßig übersetzt und transskribiert — B: grammatische Notizen — C: poetische Texte — D: Wortkunde — E: sachliche Erläuterungen („Der Codex Hammurapi u. das Deuteronomium.) Dieselben Unterabteilungen haben alle anderen Briefe. Man kommt auf diese Weise unausgesetzt von der Textlektüre zur Grammatik — aber nicht etwa grammatischer Erläuterung des gerade gelesenen Textes —, von da zu syntaktischen und dann wieder zu historischen Erläuterungen —, ein Weg, der in persönlich erteiltem Unterricht sehr zweckmäßig ist, weil da der Lernende durch häusliche Wiederholnug den Faden behält und der Verwirrung durch das Vielerlei entgeht. Anders ist es aber beim Lernen aus Büchern; da erwartet man im allgemeinen zusammenhängende systematische Darstellung und damit die Möglichkeit, Wissenswertes auch einmal nachzuschlagen. Das ist bei diesen Unterrichtsbriefen kaum möglich, und sie erfordern deshalb ebenso wie eine lehrende Person ein Lehrbuch nebenbei. Ich möchte fast glauben, daß unter solchen Umständen ein pädagogisch gut angelegtes Lehrbuch ein besseres Lehrmittel ist, als diese Briefform — wenigstens für das Hebräische, Bei anderen Sprachen, bei denen neben dem Sprachlichen weniger Sachkunde nebenher zu gehen braucht, ist die Sache anders. Wenn man von diesen in der Sache selber begründeten Schwierigkeiten absieht, sind diese Unterrichtsbriefe ein vorzügliches Lehrmittel; wer Energie genug hat, sie gründlich durchzuarbeiten, und den ganzen Inhalt beherrscht, wird ein Gelehrter, und tatsächlich sind auch diese Briefe hauptsächlich für diejenigen bestimmt, die hebräisch für wissenschaftlichen Gebrauch erlernen wollen. Wer es als lebendige Sprache erlernen und sprechen will, der hat an einem persönlichen Lehrer die Möglichkeit zu Sprachübungen, die er der Natur der Sache nach in keinem Lehrbuch findet, auch nicht in diesen Unterrichtsbriefen. Was aber ein solches Werk überhaupt geben kann, das wird in diesem Falle gegeben, und die Ausstellungen, die an der Durcharbeitung des einzelnen etwa zu machen wären, fallen dabei nicht ins Gewicht.

rst.

Aus der Zeit für die Zeit

1. Die Juden in Ühlfeld.

Wir werden in nächster Zeit unter diesem Titel eine Reihe von historischen Arbeiten des Herrn Hauptlehrers J. Wormser-Ühlfeld über die Geschichte bayerischer jüdischer Gemeinden veröffentlichen.

Eine geschichtliche Betrachtung.

Schon seit Anfang des 15. Jahrhunderts gibt es in Ühlfeld Juden; wenigstens lassen entsprechende Vermerkungen in alten Urkunden darauf schließen. Ein landesherrlicher Befehl vom 12. Oktober 1583 gebot ihnen auszuwandern; es geschah aber nicht. Am 25. März 1613 verbietet Kaspar v. Szowolski, einer von den Rittergutsbesitzern Ühlfelds, den christlichen Einwohnern des Ortes mit Juden Handel zu treiben. Auch dieses Verbot nützte nichts. Schwer wurde der Ort im Dreißigjährigen Krieg heimgesucht. Wiederholt wurde das Dorf mit Umgebung gebrandschatzt, so daß von der ansehnlichen Ortschaft nur 5 Häuser übrigblieben. Das Schicksal der Juden in dieser Geschichtsperiode läßt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Ob dieselben bei den öfteren Überfällen durch die Kaiserlichen sowohl, wie durch die Schweden mit den übriggebliebenen Bewohnern umkamen oder durch Flucht ihr nacktes Leben retteten, ist nicht nachweisbar.

Aber schon 1696 sind wieder 14 jüdische Familien vorhanden. Sie richteten in diesem Jahre das Haus eines einigermaßen begüterten Juden zum Bethaus ein. Der Betsaal diente auch als Schulzimmer. Ihre Vermehrung im 18. Jahrhundert ergibt sich aus folgender Übersicht: 1706: 124, 1715: 137, 1753: 133, 1763: 170, 1796: 176 Seelen. Nach einer Verordnung vom Jahre 1776 sollten nur 36 jüdische Familien in Ühlfeld wohnen. Nach geschichtlichen Aufzeichnungen wurde der Friedhof im Jahre 1733 angelegt und 1802 mit einer Mauer umgeben. In diesem Punkte scheinen aber die geschichtlichen Angaben nicht den Tatsachen zu entsprechen. Nach meinem Dafürhalten muß der Friedhof wesentlich älter sein. Ich führe meine Annahme auf folgenden Umstand zurück: Im Friedhofe steht eine mächtige Eiche, — in 12 Meter Höhe über 4,5 Meter Umfang —, die nach Aussage von Sachverständigen mindestens 300 Jahre alt ist. Ihr Stamm umschließt zum Teil einen Grabstein; der Stein ist also, wie man sagt, in den Stamm hineingewachsen. Demnach muß der Grabstein vor der Eiche vorhanden gewesen und somit also auch vor über 300 Jahren zum Andenken an einen lieben Toten errichtet worden sein.

Stärker war die Zunahme der jüdischen Gemeinde zu Anfang des 19. Jahrhunderts; 1812 zählte sie bereits 202 Seelen. Damit trat auch ein Umschwung in den gemeindlichen Verhältnissen ein. Der Betsaal war zu klein geworden, um die große Anzahl der Andächtigen fassen zu können. Im November 1813 wurde die jüdische Volksschule in Ühlfeld, somit die erste in Bayern, ins Leben gerufen. Es mußte also auch für ein geeignetes Schullokal Sorge getragen werden. Eine Vereinigung von Synagoge und Schulzimmer war nicht mehr zeitgemäß geworden und entsprach auch nicht den gesetzlichen Anforderungen. Deshalb faßte die Gemeinde am 20. November 1814 den Beschluß, ein neues Gotteshaus zu errichten. Über dessen Einweihung berichtet der Chronist: „Am 6. März 1818 wurde eine neue Synagoge eingeweiht. Sie ist in Form eines Tempels, mit Geschmack, durchaus von Steinen aufgeführt und soll 15 000 Gulden gekostet haben. Die Einweihung wurde mit religiösen Prozessionen, Musikchören, Freudenschüssen und unter dem Zusammenschlusse einer außerordentlich großen Volksmenge vorgenommen. Aufmerksame beobachteten im Zuge von der alten Synagoge zur neuen viele ansehnliche Protestanten und Katholiken, welche zum Teile den eigens hierzu verfaßten deutschen Psalm laut mitsangen. Gerühmt wurde die deutsche Rede des Ortsrabbiners Rosenfeld, und ein Lied, welches von Mädchen gesungen wurde und gedichtet war vom jüdischen Lehrer Lazarus Kohn.“ Den höchsten Stand erreichte die Gemeinde am Ende des Jahres 1818. Die Pfarrei Ühlfeld zählte damals neben 1100 Lutherisch-Evangelischen und 30 Katholiken 294 Juden. Diese waren Kaufleute, Bauern und Handwerker, darunter Glaser, Flaschner, Säckler, Schuhmacher, Seiler, Seifensieder und Weber. Heute noch wird am hiesigen Platze ein Joseph Schwab, dessen Nachkommen in Fürth und Frankfurt wohnen, als Kartoffelbauer bezeichnet.

Das hiesige Rabbinat gehörte bis 1816 zum Bayreuther Oberlandesrabbinat in Baiersdorf. Rab-

biner waren von 1716 an hier im Amte. Von 1716 bis 1730 fungierte als Rabbiner Jesais Weil. Dieser gründete den hiesigen Bruderverein, welcher sich zur Aufgabe machte, die Kranken zu pflegen und die Toten zu bestatten. Weils Nachfolger war Rabbi Baruch. Von ihm rühmte der Geschichtsschreiber, daß er ein großer Rechtsgelehrter war und in Rechtsangelegenheiten selbst bis nach England berufen wurde. Im Jahre 1808 wurde für den hiesigen Distrikt Samson Wolf Rosenfeld gewählt. Er übernahm 1826 das Rabbinat Bamberg. Man berichtet von Rosenfeld, daß er der erste Rabbiner in Deutschland gewesen sei, der seine Ansprachen in der Synagoge in deutscher Sprache hielt. Von 1827 an amtierte Isak Löwi, der 1830 nach Fürth berufen wurde. Von 1831—1876 war Hajum Selz als Rabbiner hier tätig. Nach seinem Tode, also im Jahre 1876, wurde das Rabbinat Ühlfeld aufgelöst. Die Gemeinde schloß sich dem Distrikts-Rabbinat Fürth an.

Als jüdische Volksschullehrer waren hier angestellt: 1813—1820 Lazarus Moses Kohn; 1820 bis 1846 Aron Levi; 1846—1861 Aron Franckenburger (Vater des Herrn Justizrates Franckenburger in München); 1861—1896 Abraham Wormser; 1896—1908 Leopold Weinschenk. Am 1. Mai v. Jahres wurde die hiesige israelitische Volksschule im Vollzuge des Beamtenabbaugesetzes aufgehoben. Nach 111 jährigem Bestehen war sie ein Opfer der Zeit und Verhältnisse geworden.

J. Wormser, Hauptlehrer in Ühlfeld.

Personalia

Herr Dr. Alfred Heller, der Verleger unserer Zeitschrift, ist durch den Tod seines Schwiegervaters, Herrn Emanuel Seligmann, in tiefe Trauer versetzt. Herr Seligmann, der es als langjähriger Beamter der Jüdischen Gemeinde in Konstanz verstanden hat, durch eine edle Auffassung seines Berufes sich die größten Sympathien seiner jüdischen Mitbürger zu erwerben und herzliche, wahrhaft menschliche Beziehungen zu denen zu pflegen, mit denen ihn seine Tätigkeit in Berührung brachte, ist im Alter von 74 Jahren gestorben. Wir sprechen der Familie Dr. Heller unser herzlichstes Beileid aus.

Unser Gesinnungsgenosse Dr. Erich Kretschmer hat den Tod seiner Mutter, Frau Helene Kretschmer, geb. Sachs, die am 1. Juni in Breslau im Alter von 58 Jahren nach kurzem schweren Leiden verschieden ist, zu beklagen. Wir versichern im Namen aller unserer Freunde die Familie Dr. Kretschmer unserer herzlichsten Teilnahme an dem schweren Verlust, der sie betroffen hat.

Palästina-Verlosung

Die für den 11. Mai angesetzte Ziehung der Palästina-Verlosung konnte nicht stattfinden, da bis zu dem angegebenen Termin noch nicht alle Lose verkauft waren. Der neue Termin ist noch nicht bestimmt und wird rechtzeitig bekannt gegeben werden. Lose zum Preise von M. 5.— pro Stück sind in beschränkter Anzahl noch zu haben im Büro der Zionistischen Ortsgruppe, Fürtherstr. 87, Tel. 92 26.

Zionistische Ortsgruppe Nürnberg-Fürth (Ostjüdische Sektion).

Gemeinden-u. Vereins-Echo

München. Jugendgruppe des Bar-Kochba Blau-Weiß. Samstag 4 Uhr Spielen am Hirschanger. Dort wird der Treffpunkt für die Sonntagsfahrt bekannt gegeben.

Blau-Weiß München. 2. Zug. Sonntag, 21. VI. 25. Fahrt auf den Taubenberg. Treffpunkt wird noch bekannt gegeben. An Kochsachen sind mitzubringen: Nudeln, Fett, Eier, Obst. Samstag 3 Uhr Heimabend auf dem Hirschanger. Anschließend um 4 Uhr Spielen. Zugsbeiträge und Versicherungsgelder mitbringen!

Jüdischer Kulturverein J. L. Perez, München. Der Kurs für jiddische Sprache und Literatur hat begonnen. Zu Beginn desselben wurde die Entstehung und Entwicklung der jiddischen Sprache behandelt und dieser Vortrag bot so viel an interessanten Einzelheiten, daß wir nicht verfehlen möchten, die jüdische Jugend nochmals aufmerksam zu machen, daß eine Beteiligung am Kurse noch am Samstag, den 20. Juni 1925 möglich ist. Interessenten ersuchen wir, sich am Samstag, den 20. Juni 1925 abends 9.15 Uhr im kleinen Sitzungssaal der Gemeinde, Herzog Maxstr. 5 Rgb. I einzufinden. Schreibheft und Bleistift mitbringen! Sonntag, den 21. Juni 1925. Treffpunkt: 7.15 Uhr Starnberger Bahnhof. Sonntagskarte nach Starnberg lösen. Nachfahren: 2 Uhr ab Starnberger Bahnhof nach Possenhofen.

Der Jüdische Kulturverein J. L. Perez veranstaltete am 8. Juni im Bibliotheksaal der Gemeinde einen Kammermusikabend mit Rezitation. Die in Anbetracht des schönen heißen Sommerabends zahlreich erschienenen Zuhörer konnten sich an dem bemerkenswert künstlerischen Streben des Vereins erfreuen. Das Programm brachte an erster Stelle die Serenade Opus 25 D-Dur von Beethoven, welche von den Herren Goldberg, Schapiro und Lamm mit Verständnis, flott im Rhythmus gespielt wurde, alsdann rezitierte Herr B. Kluger das bekannte auch hier schon gehörte und stets wirkende Interieur von

J. L. Perez „Der kranke Knabe“ mit warmem teilweise ergreifenden Ausdruck, wobei man nur die Empfindung hatte, daß das jiddische Original noch größere Wirkung auslösen müßte. Den Schluß des Abends bildete die Aufführung eines von dem Vereinsmitgliede M. Goldberg, einem jungen Tonkünstler komponierten Quartetts für Flöte, Violine, Viola und Cello. Das Werk erfreute durch frische Erfindung, charakteristische Themen, die in bemerkenswerter Formgewandtheit verwendet werden. Aus dem Romantischen sich herleitend, verschmäht es auch moderne Modulationen nicht, namentlich versteht es der Komponist durch klanglich reizvolle Kombinationen Wirkungen zu erzielen. Auf die weitere Entwicklung des jungen Tonsetzers darf man mit Recht gespannt sein. Die Aufführung (zu obigen Herren gesellt sich noch Herr Saposchnik, Cello)war wohl vorbereitet und löste allseitig berechtigten warmen Beifall aus. F.

Jüdischer Jugendverein München. Morgen, Sonntag, findet das bereits angekündigte große Sommerfest mit Tanz im Bühnensaal des Franziskaner über der Klause bei Harlaching (Haltestelle Ysenschmidtstr.) statt. Das in großem Stile angelegte Fest beginnt für die jüngeren Mitglieder und Freunde bereits am Nachmittag mit einem Ausflug (Trupp I um 3 Uhr am Isartalbahnhof, Trupp II um 5 Uhr in Hellabrunn, Endstation der Linie 20), während die älteren Mitglieder und Gäste, sowie diejenigen, welche am Nachmittag verhindert sind, sich um 8 Uhr am Ostfriedhof zur gemeinsamen Fahrt zum Franziskaner treffen. Das Abendprogramm beginnt mit ernsteren Musik- und Rezitationsdarbietungen, worauf der Tanz (eigene Kapelle) zu seinem Recht kommen wird. Der Ausflug findet nur bei gutem Wetter, die Abendfeier bei jeder Witterung statt. Für Trambahnextrawagen um 1.30 Uhr ist Sorge getragen; ein Teil der Festteilnehmer zieht im Fackelzug nach München.

Der Eintrittspreis inkl. aller Gebühren sowie Programm ist auf M. 1.50 im Vorverkauf (bis Samstag nachm. 5 Uhr nur noch bei Eichholz und Schönfeld, Schellingstr. 48) und M. 2.— an der Abendkasse festgesetzt. Für Verpflegung (Büffet) ist gesorgt. Es wird um helle Sommerkleidung ersucht.

Wie in letzter Stunde mitgeteilt wird, hat sich Herr Ernst Nußbaum bereit erklärt, im Rahmen des Abendprogramms Ernstes und Heiteres zu rezitieren.

Große Mädelsgruppe des J. J. W.-B. München. Sonntag, 21. VI.: 7.30 Ostbahnhof. Heimabend Dienstag, 23. VI, 8 Uhr Herzog Maxstr. 5.

Bar Kochba München. Leichtathletik-Abt. Das Training der L.-A. nimmt seinen Fortgang. Wir beabsichtigen in nächster Zeit ein Sportfest, bei welchem die internen Meisterschaften ausgetragen werden sollen. Die Leitung.

Bar Kochba München. Turnzeiten: Dai Dienstag von 7.30—9 Uhr, die Herren Mittwoch von 7—9 Uhr, die Mädchen Mittwoch von 5—7 Uhr und die Knaben Dienstag von 6—7.30 Uhr jeweils in der Schule an der Herrnstraße. Wir ersuchen die Mitgliedsbeiträge mitzubringen.

Die Vorstandschaft.

Bamberg. Am 27. Mai fand die diesjährige ordentliche Generalversammlung der Z. O.-G. Bamberg statt. Der Vorstand und der N.F.-Kommissar erstatteten eingehende Berichte über die Tätigkeit im Vereinsjahre. Aus dem Bericht des N.F.-Kommissars ging hervor, daß seit März 1924 über 4600.— Mark gesammelt wurden. Dieser Betrag wurde aufgebracht durch 223 Spender in Bamberg-Stadt und 299 Spender auf dem Land. Es wurden im ganzen 40 Landgemeinden besucht. In den Vorstand wurden neu- bezw. wiedergewählt: 1. Vorstand: Dr. S. Weichselbaum, Kassier und Schriftführer: Alfred Katz, N.F.-Kommissar Ludwig Schmidt, Jul. Blum als Vertreter des Blau-Weiß, Jul. Strauß als Beisitzer An die Versammlung schloß sich ein Referat von Herrn Siegfried Stern-Erlangen über seine Palästinareise an.

Karlsruhe. Über das Thema: „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Ostjuden in Deutschland“ sprach am Sonntag, den 7. Juni d. J. einer der Führer der Ostjuden in Bayern, Herr Herm. Messinger-Nürnberg. Die Versammlung war vom Verband der Ostjuden in Karlsruhe einberufen und sehr gut besucht.

Der Referent führte u. a. aus: Die Vergangenheit der Ostjuden in Deutschland versprach keine guten Aussichten für die Zukunft. Bis 1914 stellte sich die ostjüdische Gemeinschaft keinerlei politisch-kulturellen Aufgaben zur Lösung, sie begnügte sich mit der Fortsetzung der allein religiösen Lebensführung. Die damaligen Beziehungen zwischen Ost und West waren keine gespannten. Erst der Krieg brachte in dieser Hinsicht eine Änderung. Die Lage der Ostjuden zur Zeit ist katastrophal, ihr Zusammenschluß eine brennende Notwendigkeit. Der Redner, welcher die Lage der Ostjuden in weitem Umfang beleuchtete, schloß mit einem mächtigen Appell, die Front der Ostjuden zu stärken. Die Zuhörer spendeten langanhaltenden Beifall. In der Diskussion sprach Herr Schriftsteller Josef Holländer, welcher die kulturellen Aufgaben des Verbandes der Ostjuden eingehend behandelte. Die ostjüdische Jugend muß es sich zur Hauptaufgabe stellen, die so stark eingeschlagene Assimilation in den ostjüdischen Reihen zu bekämpfen. Die beste Waffe ist die Hebraisierung, das jüdische Buch und eine Erziehung, die im Einklang mit dem ganzen geistigen Gehalt des modernen Ostjudentums stehen muß. Der Abend war sehr eindrucksvoll und wird der ostjüdischen Arbeit in Karlsruhe reiche Früchte bringen. Menachem.

Berlin. Von dem Jüdischen Frauenbund wird uns mitgeteilt: In Niendorf a. d. Ostsee wurde am 1. Juni ein Erholungsheim für Sozialbeamtinnen eröffnet. Das Heim bietet einen sehr behaglichen Aufenthalt bei einem Pensionspreis von M. 4.50 pro Tag. Meldungen für die Sommermonate werden möglichst bald an die Geschäftsstelle des Jüdischen Frauenbundes, Berlin C. 2, Rosenstraße 2/IV erbeten.

Sprechsaal

„Der junge Jude“.

Zu der Erwiderung Dr. Rosners auf meinen Aufsatz in der letzten Nummer des „Echo“ kann ich nur bemerken, daß es zwecklos und fruchtlos wäre, näher darauf einzugehen — die Basis der Anschauung ist so grundverschieden, daß ein Näherkommen fast aussichtslos ist.

Nur ein einziger Punkt soll kurz berührt werden: Dr. Rosner schreibt über die „pure Selbst-

verständlichkeit“, daß jeder junge Mensch vernünftig werden soll. Leider ist es keine Selbstverständlichkeit mehr. Kriegs- und Inflationspsychosen haben großenteils die „Vernunft“ der Jugend auf dem Gewissen; die fortschreitende materialistische Welle hat die Jugend mitgerissen, und nur einige Wenige stemmen sich dagegen. Das versucht innerhalb der Jüdischen Jugend der Jüdische Jugendverein; ist nicht dies Ziel der Mitarbeit aller Gleichgesinnten aus allen Lagern wert?! Egon Lehrburger.

*

Staffellauf Grünwald-München. Nach Rücksprache mit dem Vorstand der Leichtathletik-Abteilung des Bar Kochba muß ich feststellen, daß meine Ausführungen im letzten „Echo“ betreffs des Staffellaufs Grünwald-München nicht zutreffen, da ich falsch informiert war. Ich habe dieselben daher dem Bar Kochbar gegenüber richtig gestellt. Erwin Goldfarb.

Berichtigung

Zu unserem Bedauern ist beim Einheben des Satzes in die Maschine der hebräische Name des Verfassers des in der letzten Nummer gebrachten Artikels „Die Bibliothek der hebräischen Universität in Jerusalem“ verstümmelt worden. Er soll natürlich כספי heißen.

Hebräisches Buchstabenrätsel

1 2 3 4 Gemahlin des Achaschwerosch.
5 6 7 8 Richter.
9 10 11 3 5 Vater des Haman.
6 12 13 4 9 1 Vater des Propheten Secharja.
3 1 14 15 Richter.
14 1 4 3 8 Mythologisches Seetier.
12 16 6 15 10 Sohn Salomons.
15 10 1 8 Transjordanisches Volk.
13 10 1 2 Moabitischer Nationalgott.
13 12 3 4 1 17 14 3 4 Davids Leibwache.
10 14 13 10 Ammonitischer Gott.
1 4 18 3 5 Sohn Hamans.
13 12 13 10 4 2 Stadt am Euphrat.

Die Anfangsbuchstaben ergeben ein bekanntes Bibelwort.

Auflösung des Hebräischen Quadraträtsels in Nr. 24.

ע	ב	ל	ג
נ	ו	ש	ל
י	ז	ו	ב
ן	י	נ	ע

KEREN KAJEMETH LEJISRAEL

(Jüdischer Nationalfonds)



Postscheckkonto
München
10121
Nürnberg
24565

Fernsprecher
München
56199
Nürnberg
9226



Zentrale für Deutschland Berlin W 15

Meinekestraße Nr. 10

Münchener Spendenausweis vom 9.—16. Juni 1925.

Allgemeine Spenden: Fam. Ehrenhaus grat. Fam. Holzapfel z. Vermählung ihrer Tochter 5.—. Fam. B. Zinn grat. z. Vermählung Riemer-Tenzer und Holzapfel-Gostinsky 3.—. Dr. E. Straus grat. zur Hochzeit Monheit-Kohn 3.— = 11.—.

Bäume: Münchner Ölbaumhain: Dr. Mirjam Hulisch u. Hedwig Wieck-Hulisch auf den Namen ihres Vaters Regierungsbaumeister Arnold Hulisch anl. seines 80. Geburtstages 10 B. = 60.—.

Gold. Buch Jakob Fränkel: Fam. B. Goldberg grat. zur Hochzeit Monheit-Kohn, Gostinsky-Holzapfel, Tenzer-Riemer 3.—. Regierungsbaumeister Arnold Hulisch anl. seines 80. Geburtstags 10.—.

Büchsen: geleert durch Penzias: Mahler 3.02, Ehrenhaus 1.02, Zuckerberg 1.—, Pories 3.—, Goldberg 3.75, L. Theilheimer 5.—, Steinheimer 3.60, Helfgott 1.—, Freylich 8.90, Hecht 1.—, Kornhauser 2.—, Wohlfeiler 1.50, Büchsen unter 1 M. zwei 1.13 = 35.92. Geleert durch Penzias: Reichner 2.—, Rosner 4.—, Eisenstädter 10.—, Sadler 2.—, Oppenheim 2.—, Herlinger 16.— = 36.—. Geleert durch Alice Goldstern: Fett 5.60, J. Bach 5.50, Dr. R. Straus 2.40, Dr. Ambrunn 5.—, Rudi Kestler 5.—, Pilpel 2.70 = 26.20 = 98.12. Gesamtsumme: M. 182.12. Gesamtausweis seit 1. X. 1924: M. 8139.02.

Nürnberger Spendenausweis vom 12. VI. 25.

Spendenbuch: Herr u. Frau Dr. Albert Löb anl. der Geburt ihres Sohnes Robert Lazarus 50.—, Herr u. Frau Kurt Steinberg anl. d. Geburt ihres Sohnes Walther 20.—. Herr u. Frau S. Feibelmann Fürth anl. d. Geburt ihrer Tochter 20.—, Frau Rudolf Steinhardt Fürth anl. des Todestages ihrer sel. Mutter 20.—, Herr u. Frau Fritz Kirschbaum anl. der Geburt ihrer Tochter Lotte 10.—.

Allgemeine Spenden: durch Rechtsanwalt Feilchenfeld gesammelt von Frau Lichtenfeld bei der Abschiedsfeier Feilchenfeld in Friedrichshagen 10.—, gesammelt anl. Einladung bei M. Wilpred 5.50.

Bäume: Fritz Vorhaus Garten = 2 Bäume. Frl. Lilly Vorhaus dankt Herrn Dr. Meinhold Nußbaum herzlich für freundschaftliche Beratung 12.—. Summa: 147.50.

Verantwortlich für die Redaktion Dr. Max Mayer, München; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München. Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, Herzog Maxstraße, München.